

# Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 41  
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,  
11. Oktober 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Köhler, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.  
Telefon: Amt Jannigwitz 6246.

Gewaltsanzeigen werden nach Satz berechnet. Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile. Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

## Der große Abwehrkampf.

Von Wilhelm Soltmann.

Das war am Abend des 14. September ein Siegesjubel bei den Kommunisten und bei den Nationalsozialisten. Die Kommunisten fast zwei Duzend Reichstagsmandate mehr! Die Nationalsozialisten gar fast hundert Mandate über ihrem bisherigen Besitzstand gewonnen! Drei Wochen nach dem Wahltage ist der Rausch verflogen. Raterstimmung mühte über den „Siegern“ liegen, wenn alle ihre Wähler die politische Situation begreifen könnten.

Die verheerenden wirtschaftlichen Folgen im Inlande und im Auslande sind in dieser Zeitung schon entwickelt worden. Es gibt keinen vernünftigen Menschen in der weiten Welt, der den Kommunisten oder den Nationalsozialisten irgendeine Tat zur Überwindung der Wirtschaftskrise zutraut. Die deutsche Wirtschaft und damit als Hauptleidtragende die deutsche Arbeiterklasse muß jetzt schon den 14. September mit hunderten Millionen Verlusten büßen. Die Ausichten auf den Winter sind für Erwerbslose wie für Arbeitende noch düsterer als vor dem 14. September. Dank der Panikstimmung, die Kommunisten und Nationalsozialisten hervorgerufen haben.

Jeder Staatsbürger, der nicht die Verzweiflung, sondern die kühl abwägende Vernunft zum Leitstern seiner Abstimmung machte, mußte eine Reichsregierung wollen, in der die Arbeiterklasse entscheidenden Einfluß hätte. Aber wo soll diese Regierung jetzt herkommen? „Sieger“ sind Nationalsozialisten, Kommunisten und Zentrum. Die Kommunisten fallen für jede Regierungsbildung aus, weil sie nur agitieren, aber nicht verantwortlich arbeiten wollen. Vor einer Regierung mit den Nationalsozialisten graut selbst dem Zentrum, weil es weiß, daß die Nazis nur in die Regierung wollen, um von innen heraus dem Parlament, den Volksrechten, auch den schwachen Ansätzen zum Volksstaat den Garaus zu machen.

Der scheinradikale Sieg hat also die Position des Zentrumskanzlers Brüning gestärkt. Er und seine Partei können darauf verweisen, daß sein Rücktritt unter Umständen, ja beinahe mit Sicherheit, das politische Chaos bedeuten würde. Denn wie man auch die Zahlen im Reichstage addiert: es ist keine regierungsfähige Mehrheit zusammenzurechnen. Auch wenn also die Kommunisten und die Nationalsozialisten noch so scharfe Mißtrauensvoten gegen die Regierung Brüning einbringen, ist das Variari. Damit ist höchstens der Weg zur faschistischen Diktatur zu öffnen, aber nicht zu einer parlamentarischen Regierung. Beide Parteien wollen ja auch die Diktatur. Nur begreifen die Kommunisten nicht, daß an eine Sowjetdiktatur in Deutschland außer den kleinsten kommunistischen Kindern niemand glaubt, eine faschistische Diktatur aber in die nächste Nähe gerückt ist.

Ein sozialdemokratischer großer Wahlerfolg würde die Regierung Brüning zum Einlenken gezwungen haben. Der faschistisch-kommunistische Wahltriumph hat die Regierung Brüning nur noch unsozialer gemacht als bisher. Das allerneueste Rettungsprogramm — wieviel Retter und Rettungsprogramme haben wir schon gehabt — beweist es. Man lege es denen, die da glauben, ein „radikaler“ Stimmzettel bedeute etwas, unter die Nase:

Drosselung des Baumarktes „Denn wer da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, das er hat.“

viele Bauarbeiter. Im Haushaltsjahr 1931 sollen rund 100 000 Wohnungen weniger gebaut werden. Ab 1. April 1936 soll überhaupt jede öffentliche Be-zuschussung des Wohnungsbaues, auch der ganze Mieterschutz aufhören. Von den 800 bis 850 Millionen Hauszinssteuermitteln, die bisher dem Wohnungsbau jährlich zugeführt wurden, sollen nur noch 400 Millionen Mark für diesen Zweck verwendet werden. Die restlichen 400 Millionen sollen den Gewerbetreibenden in Form von Senkungen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer geschenkt werden.

Im März dieses Jahres sprenge man die Reichsregierung, weil man der Sozialdemokratie nicht eine Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um 1/2 Prozent zugestehen wollte. Jetzt geht man auf 6 1/2 Prozent hinauf. Man will aber zugleich die Darlehenspflicht des Reiches an die Erwerbslosenversicherung aufheben, was bei der furchtbaren Wirtschaftslage früher oder später neue Verschlechterungen der Leistungen bedeutet. Der Erfolg wird sein, daß die Gemeinden, die ohnehin finanziell ruiniert sind, weitere Aufwendungen für die Wohlfahrts-erwerbslosen machen sollen und es nicht können.

Im Wahlkampfe gelobten Brüning und die Seinen: keine neuen Steuern! Für die Bescheidenden wird das Versprechen auch gehalten. Die Sabaststeuer aber wird noch einmal erhöht. Nebenbei bemerkt, erweisen sich auch die Behauptungen im Wahlkampfe, daß der Reichshaushalt keinen Fehlbetrag mehr habe, als ein Trug. Es ist schon wieder ein Loch von 900 Millionen Mark zu stopfen.

Im Reichshaushaltsplan für 1931 sollen 300 Millionen Mark eingespart werden. Eine schöne Sache. Nur verrät man nicht, an welchen Positionen. Das läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß auch hier soziale und kulturelle Attentate geplant sind. Sonst würde man schon jetzt mit genauen Plänen heraus-rücken können.

Von Reichsreform, Abschaffung der Länderbürokratie und der Länderparlamente redet nach diesem Wahlausfall niemand mehr. Im Gegenteil, die Finanz-gewalt des Reiches, diese große Brücke zum Einheits-staat, soll abgebaut werden. Die Länder und ihre Gemeinden sollen in Zukunft das gesamte Aufkommen an Bier- und Branntweinsteuer erhalten. Sie sollen auch Zuschläge zur Einkommensteuer erheben können. Gerade dieses letztgenannte „Recht“ muß sich bei der Finanzlage der Gemeinden verheerend nach unten auswirken. Man wird Zugriffe

auf das steuerfreie Existenzminimum machen müssen. Die Gemeinden werden vielfach keinen anderen Ausweg sehen, denn die sozialen Ver-pflichtungen drängen, und die Steuerüberweisungen des Reiches werden nach der Finanzreform geringer werden. Das Traurige ist, daß gerade die Arbeitergemeinden am meisten die Folgen werden spüren müssen. Sie haben die größten sozialen Lasten und die wenigsten reichen Steuerzahler. In den Zeiten des Autos kann sich jeder Besitzbürger nach Belieben seinen Wohnsitz duzende Kilometer von seiner Arbeitsstätte entfernt wählen, wo er günstigere Steuerbedingungen antrifft.

Am wenigsten wird in Arbeiterkreisen die Gehalts-kürzung der Beamten auf Widerspruch stoßen. Die Kürzung um 20 Prozent bei den Spitzen begrüßen wir sogar. Wir haben das oft gefordert, ohne daß die Bürgerlichen uns verstanden. Es ist aber ungerecht, die übrigen Beamten, bis herunter zu einem Einkommen von 1500 Mk. im Jahre, ganz gleichmäßig mit 6 Prozent Gehaltskürzung zu belasten. Eine Staffelung muß angestrebt werden.

Es geht ja aber gar nicht allein um die Gehalts-kürzung der Beamten. Die Reichsregierung sagt klipp und klar, daß das nur der Auftakt zu einer allgemeinen Lohnsenkung werden soll. Da ist sie energisch und zielklar, während ihre Verordnung gegen die Preispolitik der Kartelle auf dem Papier stehen geblieben ist.

So also sieht die Reichspolitik nach dem „Siegestage“ der Scheinradikalen aus. Das ist die Quittung für die Lawine von Stimmzetteln der Halenkreuzler und der Kommunisten. Das sollte wirklich alle zum Nachdenken bringen, die an die Zauberwirkung einer Abstimmung nach dem Grundsatz glauben: „Denen da oben will ich es aber mal zeigen.“ Ach, die „da oben“ geben auf solche Verärgerungspolitik gar nichts. Ihnen imponiert nur kühles, energisches und wohlüberlegtes Wollen.

Nun beginnt der neue Reichstag seine Arbeit. Die Politik jedes echten Arbeitervertreters muß darauf gerichtet sein, auf dem parlamentarischen Kampfboden das Anheil des 14. Septembers möglichst zu mildern. Man kann den Wahlausfall nicht ändern. Nachträgliche Vor-würfe sind zwecklos. Man muß jetzt in längem und zähem Kampfe mit einer geschwächten Arbeiterfront gegen eine verstärkte faschistisch-kapitalistische Front aus den Notverordnungen Brüning die schlimmsten Giftzähne herausbrechen. Man muß sich bemühen, in der Abwehr gegen das große Finanzprogramm doch so etwas wie soziale Gesichtspunkte in dieses hineinzubringen.

Wird es aber gelingen? Es ist nicht nur diese Frage, die die Arbeiterklasse bewegt. Es steht, wiederum als Folge des „radikalen“ Wahlergebnisses, drohend die Frage vor uns, wie weit die demokratische Verfassung zu retten ist oder ob irgendeinem Faschismus deutscher Prägung seine Diktatur über die deutsche Arbeiterklasse wenigstens vorübergehend gelingt.

Das muß verhindert werden. Das ist die Forderung aller Forderungen. Rettung des Parlamentarismus und auf dessen offener Bühne unter Kontrolle der Volksmassen soziale und sozialistische Politik gegen eine erdrückende parlamentarische und antiparlamentarische Übermacht: das ist die schwere Aufgabe, die vor uns steht. Parlamentarier und Organisationen im Lande müssen zusammenhalten mehr denn je, wenn in diesem großen politischen Abwehrkampfe das Schlimmste verhütet werden soll.

### Brünings Finanzprogramm.



Marx, 13, 12.



### Ursachen der Wirtschaftskrise.

Von Gregor Bienstock.

(Schluß.)

Aber auch die Industrialisierung der europäischen Staaten als Grund für die europäische Absatzkrise bedarf keiner weiteren Erörterung. Nun ist aber gerade im Zusammenhang mit dieser Industrialisierung der früheren reinen Agrarstaaten häufig die irriige Ansicht geäußert worden, daß damit der deutsche Absatz in diese Länder mehr und mehr unmöglich werde. Dieser Meinung widerspricht schon die Tatsache, daß rund drei Viertel der gesamten deutschen Ausfuhr nach den europäischen Ländern gehen, im ersten Halbjahr 1930 z. B. 76,6 Prozent. Dabei sind die besten Kunden Deutschlands gerade die hochkapitalistischen Staaten, wie Holland, England, Frankreich, Belgien und die Schweiz. Allein diese fünf Staaten des Hochkapitalismus haben im ersten Halbjahr 1930 rund 40 Prozent der deutschen Ausfuhr aufgenommen. Die deutsche Ausfuhr nach diesen Industrieländern ist dabei keineswegs etwa auf Rohstoffe angewiesen. Die Ausfuhr nach England hat zu 60 Prozent aus Fertigwaren bestanden, nach Holland zu 57 Prozent, nach Frankreich zu 41 Prozent. Es ist überhaupt eine merkwürdige Sache um die Verdrängung der deutschen Industriewaren durch die aufsteigenden fremden Industrien. Das krassste Beispiel ist vielleicht das Verhältnis zwischen der englischen und der deutschen Farbenindustrie. England hat sich während des Krieges eine große Farbenindustrie geschaffen, um die in der Vorkriegszeit bestandene Abhängigkeit von Deutschland loszuwerden. Die englische Farbstoffherzeugung hat sich auch tatsächlich mächtig entwickelt, von 1922 bis 1929 weit mehr als verdoppelt. Aber trotzdem hat sich die englische Farbstoffeinfuhr aus Deutschland in derselben Periode mehr als verjüngt! Das sollten unsere weltwirtschaftlichen Schwarzseher doch einigermaßen berücksichtigen.

Die Industrialisierung junger Länder und die Entstehung neuer Industrien in alten kapitalistischen Staaten stellen die deutsche Industrie tagtäglich vor neue Probleme. Aber dieser weltwirtschaftliche Vorgang von ungeheurer Bedeutung bedeutet keineswegs nun einfach die „Verdrängung“ Deutschlands. Er kann unter Umständen gerade das Gegenteil bedeuten: Erschließung von neuen Absatzmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft. Das gilt für alle hochkapitalistischen Länder, wie England oder Holland, das gilt aber in noch höherem Maße für die jungen Länder des aufsteigenden Kapitalismus. Hier ist zweierlei zu bedenken. Vor dem Kriege hat die Erschließung der jungen Länder für den Kapitalismus von Europa eine kolossale Förderung bedeutet. Der riesige industrielle Apparat, wie er zwischen 1871 und 1914 z. B. in Deutschland aufgebaut worden ist, ist überhaupt nur in Hinsicht auf das ausländische Geschäft und insbesondere auf den Aufbau der agrarischen und halbkapitalistischen Länder geschaffen worden. Dabei hat die deutsche Kapitalausfuhr eine entscheidende Rolle gespielt. Nach den Mindestschätzungen von Helfferich hat 1913 die deutsche Kapitalanlage im Ausland 25 Milliarden Mark betragen. In Wirklichkeit ist sie bedeutend größer gewesen, etwa 35 bis 40 Milliarden. Die Beteiligung Deutschlands am Aufbau der russischen Industrie, an den Eisenbahnbauten in Kleinasien, Persien usw. ist nur durch diese Kapitalausfuhr ermöglicht worden. Wir wissen nicht genau, wie hoch der Betrag der deutschen Kapitalausfuhr nach dem Kriege gewesen ist; daß eine stattgefunden hat, unterliegt gar keinem Zweifel. Sie ist aber heute aus vielen Gründen viel geringer als vor dem Kriege. Viel deutsches Kapital ist allerdings in den letzten Jahren ins Ausland verschoben worden, eine solche Art Kapitalausfuhr bedeutet jedoch keinen Gewinn für die deutsche Volkswirtschaft. Denn Kapitalausfuhr stützt bloß dann die einheimische Industrie, wenn sie direkt die Waren ausfuhr steigert.

Diese Rolle hat die Kapitalausfuhr in der Vorkriegszeit gespielt: die jungen Länder waren nicht imstande, ihre Wirtschaft, insbesondere ihre Verkehrswege, mit eigenen Mitteln, durch Wareneinfuhr gegen Barzahlung, aufzubauen. Hier waren langfristiger Kredit, dauernde Kapitalanlage der hochkapitalistischen Länder das Gegebene. Auch heute ist die Situation nicht anders. Will Deutschland an dem Aufbau dieser Länder teilnehmen, muß es langfristigen Kredit geben. Die deutsche Wirtschaft ist zur Kapitalausfuhr geradezu gezwungen, weil die Beteiligung an dem Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft in der ganzen Welt für die deutsche Industrie eine Lebensnotwendigkeit ist. Der deutsche Kapitalismus ist auf weltwirtschaftliche Betätigung eingestellt, daran hat auch der Krieg nichts geändert. Mit Imperialismus hat das gar nichts zu tun, denn gerade der Weltkrieg und die ganze Nachkriegsentwicklung haben jedem, der sehen will, gezeigt, daß eine aggressive Außenpolitik für die Weltwirtschaft tödlich ist.

Bedenkt aber nicht Kapitalausfuhr eine Verarmung der deutschen Wirtschaft? Und woher denn Kapital für die Ausfuhr nehmen, solange Deutschland selbst auf Kapitaleinfuhr angewiesen ist? Hier muß man zunächst auf die Tatsache hinweisen, daß Deutschland schon heute große Kapitalmassen ins Ausland ausführt. Es handelt sich bloß darum, daß die Kapitalausfuhr nicht den Zwecken der Steuerflucht und der Verdrängung des heimischen Geschäfts dient, sondern die oben beschriebene Aufgabe erfüllt. Außerdem braucht jedoch diese die deutsche Wirtschaft fördernde Kapitalausfuhr keineswegs mit dem Profit geschehen, der unmittelbar aus der deutschen Wirtschaft gezogen ist. Es ist schon heute eine Tatsache, daß das nach Deutschland eingeführte Kapital sehr häufig wieder ausgeführt wird. Der deutsche Kapitalismus spielt hier eine Vermittlerrolle, die er nicht selten schon vor dem Kriege

übernommen hat. Auch die sogenannte Reparationsbant kann hier teilweise fördernd und vermittelnd eingreifen.

Der deutsche wie überhaupt der europäische Kapitalismus leidet nicht so sehr an der Industrialisierung der „jungen“ Länder als daran, daß diese Industrialisierung zunächst noch in den Kinderschuhen steckt. Ein gutes Viertel der Menschheit befindet sich außerdem — und das ist das zweite wichtige Moment — im Zustande fast ununterbrochener Unruhen und Bürgerkriege. Solange dieser Zustand besteht und sich noch ausbreitet, wird der europäische Kapitalismus schwer zu leiden haben. Die Predigt der Weltrevolution und des Bürgerkrieges in Rußland, China, Indien hat eine Verschärfung der europäischen und der Weltkrise zur Folge. Das Proletariat Europas ist mehr als irgendeine andere Klasse an einer friedlichen Entwicklung der Weltwirtschaft interessiert. Den Alibi hat aber auch diesmal, wie immer, unrecht. Die Kapitalausfuhr, der Industrienaufbau in der ganzen Welt werden nicht die Fehler der Vorkriegszeit wiederholen müssen. Jedenfalls wird die Arbeiterklasse danach streben, daß diese neue Kapitalausfuhr unter ihre Kontrolle, unter die Aufsicht der modernen Demokratie kommt, sich auf diese Weise den Interessen der Allgemeinheit unterordnet.

### Berufsgenossenschaften und Versicherte

Die Berufsgenossenschaften sind die Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung. Sie sind öffentlich-rechtliche Körperschaften mit weitgehender Selbstverwaltung. Diese Selbstverwaltung wird von ihnen mit starkem Nachdruck verteidigt, es ist aber auch eine Selbstverwaltung eigener Art. Die versicherten Arbeiter, denen die Unfallversicherung doch eigentlich in erster Linie dienen soll, sind von der Verwaltung so gut wie völlig ausgeschlossen. Die Unfallversicherung ist eben, ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung nach, nicht sowohl eine Einrichtung zum Schutze der Arbeiter, als vielmehr eine Unternehmerorganisation mit Zwangsmitgliedschaft. Ihr Zweck ist die auf Gegenseitigkeit beruhende Versicherung der Unternehmer gegen die materiellen Schäden, die ihnen aus der Entschädigungspflicht für die in ihren Betrieben vorkommenden Unfälle erwachsen.

Diesen Charakter der Unfallversicherung suchen die Unternehmer zu wahren, während das Streben der Arbeiterschaft darauf gerichtet ist, aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung eine Einrichtung zu machen, die, modernen sozialpolitischen Anschauungen entsprechend, in erster Linie dem Wohle der Arbeiter dient und in deren Verwaltung dementsprechend die Vertreter der Arbeiterschaft den maßgebenden Einfluß ausüben. Der angestrebten durchgreifenden Änderung der Reichsversicherungsordnung stehen große Schwierigkeiten entgegen, die so leicht nicht zu überwinden sind. Aber unbeschadet des Kampfes um die grundsätzliche Reform der Versicherung müssen wir uns bemühen, den bescheidenen Rechten, die das geltende Gesetz den Arbeitern einräumt, volle Anerkennung zu verschaffen.

Wie sorgsam die Unternehmer darauf bedacht sind, die Arbeiter von der Mitwirkung bei der Durchführung der Unfallversicherung fernzuhalten, zeigt deren Ausschluß von der Betriebsaufsicht. Der § 875 RVO. handelt von der Anstellung technischer Aufsichtsbeamten bei den Berufsgenossenschaften. Dort heißt es u. a.: „Als solche Beamte können auch Personen angestellt werden, die früher den versicherten Betrieben als Arbeiter angehört haben.“ Obwohl die staatliche Gewerbeaufsicht mit den Arbeiterstände hervorgegangenen Gewerbetreibern recht gute Erfahrungen gemacht hat, lehnen es die Berufsgenossenschaften ab, von der Ermächtigung des § 875 Gebrauch zu machen.

Eine sehr bescheidene Rolle in der Verwaltung der Berufsgenossenschaften spielen die „Vertreter der Versicherten“. Sie werden in einem sehr komplizierten Wahlverfahren von den Versichertenmitgliedern in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten gewählt. Diese Versichertenvertreter wiederum sind von den Ausschussmitgliedern der Krankenkassen und den Vorstandsmitgliedern der Ertragklassen gewählt, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben. Bei diesem komplizierten Wahlmodus ist es der Gewerkschaften sehr schwer, den notwendigen Einfluß auf die Wahl auszuüben.

Die Aufgaben der Vertreter der Versicherten bei den Berufsgenossenschaften sind eng umgrenzt. Der § 1569 h schreibt vor: „Bei jeder Berufsgenossenschaft müssen Einrichtungen getroffen werden, die sicherstellen, daß an der förmlichen Feststellung der Leistungen mindestens ein Vertreter der Versicherten beteiligt ist.“ Dieser Vertreter der Versicherten im Rentenfeststellungsausschuß hat eine recht undankbare Aufgabe. Sein Einfluß in dem Ausschusse ist verschwindend gering, aber er hat die Verantwortung mit zu tragen. Im Grunde erschöpft sich die Tätigkeit der Versichertenvertreter in der Erfüllung der Aufgaben, die ihnen die §§ 853 und 857 RVO. zuweisen. Bei der Beratung und der Beschlussfassung über die Unfallverhütungsvorschriften sind Vertreter der Versicherten mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder hinzuzuziehen. Und weiter sind die Vertreter der Versicherten zu den alljährlich stattfindenden Sitzungen hinzuzuziehen, in denen zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung genommen wird.

Aber selbst um dieses bescheidene Recht werden die Vertreter der Versicherten noch mitunter geprellt. Manche Berufsgenossenschaften laden zu den Sitzungen nur wenige Versichertenvertreter, wenn auch nur die gleiche Zahl, also etwa drei oder fünf Vorstandsmitglieder an den Sitzungen teilnehmen, dann ist der Vorschriften des Gesetzes genügt, aber die übrigen Versichertenvertreter sind von jeder Tätigkeit fern-

gehalten. Erst recht, wenn der Vorstand der Genossenschaft immer wieder die gleichen Versichertenvertreter hinzuzieht, was auch vorkommen soll.

Auf das Drängen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat kürzlich das Reichsversicherungsamt ein Rundschreiben an die gewerblichen Berufsgenossenschaften gerichtet, welches in Nummer 21 des „Reichsarbeitsblatt“ abgedruckt ist. In ihm teilt das Reichsversicherungsamt mit, daß es grundsätzlich die Beratungen nach §§ 853 und 857 RVO. durch den Gesamtvorstand unter Heranziehung der Vertreter der Versicherten in der Zahl der sachungsmäßig vorhandenen Vorstandsmitglieder für geboten hält. Wo aber triftige Gründe die Beratung in einem so großen Kreise nicht angebracht erscheinen lassen, soll folgende Regelung gelten:

„Berufsgenossenschaften mit 10 oder weniger Vorstandsmitgliedern ziehen Versichertenvertreter in der Zahl ihrer Vorstandsmitglieder zu. Hat der Vorstand mehr als 10 Mitglieder, so sind von beiden Seiten mindestens je 10 Vertreter, hat der Vorstand mehr als 20 Mitglieder, so ist von beiden Seiten mindestens die Hälfte der Vertreter hinzuzuziehen.“

Sofern die Berufsgenossenschaft verschiedene Gewerbe zweige umfaßt, ist bei der Ladung der Teilnehmer so zu verfahren, daß auf beiden Seiten die einzelnen größeren Berufsgruppen vertreten sind.

Die Beratung und Beschlussfassung über Unfallverhütungsvorschriften soll künftig durch den Gesamtvorstand zusammen mit der gleichen Anzahl von Versichertenvertretern geschehen. Eine Beschränkung der Teilnehmer will das Reichsversicherungsamt hier nur zulassen, wenn es sich um den Erlass von Sondervorschriften handelt, an denen nur einzelne Gewerbe zweige der Berufsgenossenschaft stärker interessiert sind. In solchen Fällen behält sich das Reichsversicherungsamt die Genehmigung zur Vornahme der Beratung im engeren Kreise vor. Soweit bei den Berufsgenossenschaften nicht stets sämtliche Vertreter der Versicherten zu den Beratungen hinzugezogen werden, verlangt das Reichsversicherungsamt eine Beteiligung der Reihe nach, damit während der Amtsdauer alle Versichertenvertreter möglichst mehrere Male in Funktion treten können.

Einmaligen von berufsgenossenschaftlicher Seite zu erwartenden Einwendungen über erhöhte Kosten, die durch die Hinzuziehung einer größeren Anzahl Versichertenvertreter entstehen, tritt das Reichsversicherungsamt in seinem Rundschreiben gleich entgegen mit dem Hinweis, daß diese Mehrkosten, gemessen an den sonstigen Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften, belanglos sind.

Die Hinzuziehung der Vertreter der Versicherten in größerer Anzahl soll aber nicht nur geschehen, um formal den gesetzlichen Bestimmungen zu genügen. Um die praktische Mitarbeit der Vertreter der Versicherten auf dem Gebiete der Unfallverhütung zu erhöhen, empfiehlt das Reichsversicherungsamt den Berufsgenossenschaften, sich auch der Ausbildung der Versichertenvertreter in dieser Frage anzunehmen. Hierzu wird vorgeschlagen, Vorträge und Betriebsbesichtigungen ebenso wie Vorführungen neuer und gut geschlichter Maschinen und sonstiger betrieblicher Einrichtungen bei den Zusammenkünften der Versichertenvertreter mit dem Genossenschaftsvorstand in Aussicht zu nehmen.

Dieses Rundschreiben besagt, wenn man das Ziel der angestrebten Reform der Unfallversicherung in Betracht zieht, nicht viel. Aber das Reichsversicherungsamt ist an die Vorschriften des Gesetzes gebunden, und es kann den seiner Aufsicht unterstehenden Versicherungsträgern keine Auflagen machen, die nicht im Gesetz begründet sind. Immerhin darf erwartet werden, daß das Rundschreiben zu einer Besserung der Stellung der Versichertenvertreter in der Unfallversicherung führt. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß es auch den Gewerkschaften obliegt, die Versichertenvertreter für ihre Aufgabe zu schulen. Leider liegen die Dinge heute so, daß infolge des verzwickten Wahlsystems die Verbindung zwischen den Gewerkschaften und den Versichertenvertretern nicht immer so eng ist, wie es zu wünschen wäre. Zu den kleinen Reformen, die angestrebt werden, gehört daher auch eine Reform des Wahlsystems, die aber nur durch eine Gesetzesänderung zu erreichen ist. Bei dem heutigen Stande der Gesetzgebung muß alles getan werden, die Versichertenvertreter für ihre Aufgabe zu ertüchtigen; auch das gehört zu einem wirksamen Schutze der Arbeiter vor den Unfallgefahren.

### Preisauschreiben des Sozialistischen Kulturbundes.

Nachdem der Sozialistische Kulturbund mit seinem ersten Preisauschreiben zur Erlangung von Arbeitermuseen in allen in Betracht kommenden Kreisen einen regen Widerhall fand, erläßt er jetzt ein neues Preisauschreiben, das der Gewinnung von einfachen, leicht verständlichen, mitreißenden Gesängen dienen soll, die bei Umzügen, Versammlungen, Festen und Feiern von den Massen gesungen werden können. Der Preis für das beste Lied beträgt 500 Mk., die weiteren Preise werden ausgesetzt: 2. Preis 300 Mk., 3. Preis 200 Mk. Letzter Termin für die Einreichung der Arbeiten ist der 1. Januar 1931. Die Prüfung der Manuskripte erfolgt durch einen vom Sozialistischen Kulturbund hierfür bestimmten Prüfungsausschuß. Die öffentliche Erstaufführung der preisgekrönten Arbeiten soll sobald wie möglich nach der Veröffentlichung des Ergebnisses stattfinden. Außerdem sollen sie allen in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen empfohlen werden. Die näheren Bedingungen sind durch den Sozialistischen Kulturbund, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, unentgeltlich zu erhalten.



# Gegen die kommunistischen Spalter!

Die Kommunistische Partei ist vom ersten Tage ihrer Existenz an ein grundsätzlicher Feind der Gewerkschaften. Dem Gründungsparteitag der KPD. am 30. und 31. Dezember 1918 lag eine Entschliebung vor, in der es unter anderem heißt:

„Die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften ist unvereinbar mit den Zielen und Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands. . . . Der Kongreß verpflichtet die Mitglieder der Kommunistischen Partei, ihren Austritt aus den Gewerkschaften sofort zu vollziehen.“

Diese Entschliebung wurde vom Parteitag der KPD. nicht angenommen, aber auch nicht abgelehnt, sondern man überwies sie der Programmkommission. Zu dieser Entscheidung kam man aus taktischen Gründen. Grundsätzlich war der ganze Parteitag mit den Verfassern der Entschliebung einer Meinung. Rosa Luxemburg führte aus, daß die Gewerkschaften schon wegen ihrer „schmachlichen Haltung während des Krieges wert wären, zu verschwinden“. Im Kampf um die Sozialisierung sei die „Liquidierung der Gewerkschaften eine Notwendigkeit“. An ihre Stelle müßten die Betriebs-, Arbeiter- und Soldatenräte treten. „Darin sind wir uns alle einig, aber verschieden sind unsere Ansichten über den einzuschlagenden Weg“, rief Rosa Luxemburg unter stürmischem Beifall in den Saal.

### Seraus aus den Gewerkschaften!

Um diese Zeit gab es in der KPD. drei Richtungen: Die eine Richtung hoffte, die Arbeiter würden in Scharen die Gewerkschaften verlassen, und diese würden dann ein natürliches Ende finden; die zweite Richtung wollte die Arbeiter auffordern, die Gewerkschaften geschlossen zu verlassen, und die dritte Richtung forderte den Kampf gegen die Gewerkschaften innerhalb der Verbände. Nachdem die Arbeiter in Massen in die Gewerkschaften strömten, also das Gegenteil von dem taten, was die erste Richtung von ihnen erhoffte, war diese erledigt. Zwischen der zweiten und der dritten Richtung wurde eine Zeitlang um den besten Weg gerungen, schließlich siegten die Anhänger der zweiten Richtung. Am 28. August 1919 erließ die Zentralleitung der KPD. folgende Parole:

„Die Gewerkschaften haben sich, worüber in unseren Reihen kein Streit ist, als ein gegenrevolutionäres Instrument erwiesen, und im gegenwärtigen Stadium der Revolution vielleicht sogar als das gefährlichste. Wir müssen die Zerstörung der Gewerkschaftsbureaunkratie zu Massenaktionen machen. Das kann nur in der Weise geschehen, daß die Massen sich in geschlossenen Verbänden von ihrer konterrevolutionären Bureaunkratie in den Gewerkschaften lösen. Wo die einzelnen örtlichen Zahlstellen der Gewerkschaften dazu bereit sind, lösen sie sich von der Zentralkratie ab, sperren die Beiträge usw. Wo die Zahlstellen hierzu noch nicht bereit sind, schließen sie sich die kommunistischen Mitglieder fraktionsmäßig zusammen und organisieren den Kampf um den Austritt ihrer örtlichen Zahlstellen aus den Gewerkschaften.“

Dieser Aufruf der Zentralleitung der KPD. zur Spaltung und Zertrümmerung der Gewerkschaften löste bei einem Teil der Anhänger großen Jubel aus. Wo sie einigen Einfluß hatten, wurde zur Fraktionsbildung geschritten. Diese Fraktionen bildeten die Grundlage der „revolutionären Gewerkschaftsorganisation“. Wie diese aufzugehen war, dafür hatte die „Rote Gewerkschaftsinternationale“ in Moskau genaue Richtlinien aufgestellt. Um die Arbeiter schnell und sicher für die kommunistischen Verbände zu gewinnen, wurden die Gewerkschaften nach Strich und Faden beschimpft und verleundet. Der Schaden, der damit der deutschen Arbeiterschaft zugefügt wurde, ist riesengroß. Ihr Ziel, nämlich die Vernichtung der freien Gewerkschaftsverbände, haben die kommunistischen Führer aber doch nicht erreicht.

### Sinein in die Gewerkschaften!

Als die Zentralleitung der KPD. merkte, daß die Parole: Seraus aus den Gewerkschaften! den erhofften Erfolg nicht hatte, änderte sie ihre Taktik. Jetzt hieß der Kampf: „Sinein in die Gewerkschaften!“ Nun war die dritte Richtung am Ruder. Ihre Absicht war, die Gewerkschaften von innen heraus auszuhöhlen, sie auf diese Weise zum Zusammenbruch zu bringen. In dem Offenen Brief der 3. Internationale an die kommunistischen Arbeiter, der am 14. Juli 1920 in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde, heißt es:

„Die Lösung: Seraus aus den freien Gewerkschaften, ist falsch. Einige von diesen freien Gewerkschaften werden wir einfach spalten müssen. Diese vor sich gehende Entwicklung zu erleichtern und zu beschleunigen, ist Sache der Kommunisten Deutschlands. Das kann man nur tun, wenn man innerhalb der freien Gewerkschaften bleibt.“

Die Änderung der Parole von „Seraus aus den Gewerkschaften!“ in „Sinein in die Gewerkschaften!“ war Taktik. Das Ziel war das alte: Vernichtung der Gewerkschaften. Sind wiew hat das in der „Pravda“, dem Organ der russischen Kommunisten, am 7. Februar 1924 klar ausgesprochen, indem er schrieb: „Aufgabe der deutschen Kommunistischen Partei ist die Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften.“ Die Richtlinien für die „Arbeit“ innerhalb der Verbände sehen die Bildung von Fraktionen in den einzelnen Betrieben und Verwaltungsstellen vor. Die Fraktionen werden bezirklich und reichszentral zusammengefaßt. Die Spitze bildet die Gewerkschaftsleitung bei der Zentrale der KPD. in Berlin. Wie die Kommunisten sich

in den Gewerkschaften zu verhalten haben, bestimmen die Parteiorgane. Die Gewerkschaftsmitglieder sind verpflichtet, Beschlüsse ihrer Organisation zu mißachten und zu übertreten, wenn die Parteiorgane es so wollen. Daß dies zu Differenzen innerhalb des betreffenden Verbandes führen muß, ist klar. Aber das will die Leitung der KPD. so haben. Der Kommunistenführer Schumacher erklärte in einer Berliner Versammlung am 12. Februar 1924:

„Unsere Taktik muß so gehen, daß wir die Verbandsbureaunkratie dazu zwingen, uns hinauszuerwerfen. Sie soll der treibende Keil der Spaltung sein.“

Sier wird klar ausgesprochen, daß die Zentralleitung der KPD. bewußt auf den Ausschluß gewisser Kommunisten aus den Verbänden hinarbeitet, um dann über die „Spaltungswut der reformistischen Gewerkschaftsbureaunkratie“ herfallen zu können. Die Verbandsvorstände haben den kommunistischen Führern den Gefallen nicht getan; nur in ganz vereinzelten Fällen ist es zum Ausschluß von kommunistischen Schädlingen gekommen.

### Seraus aus den Gewerkschaften!

Zum größten Leidwesen der Zentralleitung der KPD. Sie braucht Massenausflüsse als Agitation gegen die Gewerkschaften. Als diese ausblieben und damit die Zerstörungsarbeit innerhalb der Verbände nicht den erwünschten Erfolg hatte, kehrt die Kommunistische Partei zu ihrer alten Lösung zurück: „Seraus aus den Gewerkschaften!“ Der Kampf gegen die Verbände soll jetzt von außen und innen mit ganzer Kraft geführt werden. Das Ziel ist die „Organisierung und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung“. An dieser Aufgabe wird gegenwärtig mit Hochdruck gearbeitet.

### Gründung von revolutionären Gewerkschaften.

Der Befehl dazu geht von Moskau aus. Mitte August fand der 5. Kongreß der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ statt. Auf diesem Kongreß haben sich die Kommunisten tagelang mit der Frage beschäftigt, wie die Gewerkschaften niedergerungen, vernichtet werden können. Die Entscheidung des Kongresses nennt die „Rote Fahne“ in ihrer Ausgabe vom 18. September 1920 einen „Beschlus von historischer Bedeutung“. Dieser hat folgenden Wortlaut:

„In Ländern wie Deutschland, wo eine organisierte revolutionäre Gewerkschaftsopposition besteht, sollen die Unorganisierten zum Eintritt in die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufgefordert und in ihre Reihen eingeleitet werden. Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands und Polens auf Streichung der Parole: „Sinein in die reformistischen Gewerkschaften“, wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf die Einstellung der Arbeit und den freiwilligen Austritt der Anhänger der KPD. aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist. Die KPD.-Anhänger in diesen Ländern müssen in Anbetracht der immer weiter betriebenen freien Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht des wachsenden Gegensatzes zwischen ihnen und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent, bewußt und unermülich auf die Organisierung und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung, zwecks besserer und erfolgreicher Vorbereitung und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats hinarbeiten. Diesem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit zur organisatorischen Zusammenfassung der Organisierten und Unorganisierten — insbesondere in Zeiten von Streikämpfen — zur Aktivierung und Entwicklung der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären

Betriebsräte wie auch die ganze Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterzuordnen, wobei es gilt, zu diesem Zwecke von allen organisatorischen Möglichkeiten in den Unterorganisationen der reformistischen Gewerkschaften Gebrauch zu machen.“

Der Leiter der Gewerkschaftsabteilung der KPD., Franz Dahlem, erläutert den Moskauer Beschluß dahin, daß

1. die Unorganisierten nicht mehr aufgefordert werden dürfen, sich den Gewerkschaften anzuschließen, sondern sie müssen für die Betriebsgruppen der revolutionären Gewerkschaftsopposition gewonnen werden;
2. unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften ist ein zäher, unermülicher Kampf zur Gewinnung der Massen für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu führen;
3. sofortige Gründungen von festen Organisationen der revolutionären Gewerkschaftsopposition mit Mitgliedsbüchern und regulären Beiträgen und Vertrieb der revolutionären Gewerkschaftspresse;
4. Stärkung und Ausbau der selbständigen Verbände zu Mustergewerkschaften.

Dieser Beschluß von „historischer Bedeutung“ und seine Ausführungsbefehle durch die Leitung der KPD. ist die klare und eindeutige Aufforderung zur Spaltung der freien Gewerkschaften! Darüber kann es keinen Zweifel geben. Die Kommunistische Partei will jetzt durchführen, was sie vom ersten Tage ihrer Existenz an plant, nämlich die Vernichtung der Gewerkschaften. Die Verbände sollen kaputt geschlagen werden, weil sie es ablehnen, ein Werkzeug der Kommunistischen Partei zu werden. Die Moskauer Gewalthaber brauchen die Mitglieder massen der Gewerkschaften für ihre imperialistische Politik.

Die Frage ist nur, ob die Gewerkschaftsmitglieder mitmachen. Wir sagen: nein! Weber Lockungen noch Drohungen und Beschimpfungen werden die Gewerkschaftsmitglieder veranlassen, ihren Verbänden den Rücken zu kehren. An Beschimpfungen leistet die KPD. sich jetzt wieder allerhand. Das stärkste Stück ist die Behauptung, daß die Gewerkschaften eine Organisationszentrale des Streikbrechertums seien. Auf der anderen Seite werden die „Unorganisierten“ als die besten Streiktruppen“ gepriesen. Mit Hilfe der „revolutionären Unorganisierten“ will die Kommunistische Partei ihr „Sowjetdeutschland“ schaffen.

### Kommunistische Verlogenheit.

Die Kommunisten begründen die Zerschlagung der freien Gewerkschaften mit der Notwendigkeit, die Wirtschaftskämpfe erfolgreicher als bisher zu führen. Fort mit Tarifverhandlungen, fort mit den Tarifverträgen, keine Einzelstreiks, sondern Massenstreiks ist die Parole. Ähnliche Forderungen haben wir schon einmal gehört, und die Kommunisten haben auch versucht, in diesem Sinne zu arbeiten. Der Erfolg war ein Rundschreiben der Moskauer Zentrale vom 21. Dezember 1923, in welchem es unter anderem heißt:

„Viele Genossen, unter gewiß nicht die schlechtesten, bekennen heute bei jeder Gelegenheit, daß alles Flickwerk umsonst ist, daß Teilkämpfe, der Kampf um höhere oder um irgendwelche gewerkschaftliche oder politische Forderungen zwecklos seien und daß es für die Arbeiterschaft nur noch einen Ausweg gebe, nämlich den Generalstreik und den Generalaufstand. Eine Taktik, die Teilkämpfe ablehnt und sich damit begnügt, den Generalstreik und die Diktatur des Proletariats zu fordern, läuft auf völlige Passivität hinaus und ist in ihrer Wirkung konterrevolutionär.“

Wenn die KPD. heute in den gleichen Fehler verfällt wie damals, so ist das ein Beweis dafür, daß sie nichts gelernt und nichts vergessen hat. Und wenn die Kommunistenführer ihren Gläubigen erzählen, daß ihre neuen Gewerkschaftsverbände imstande seien, erfolgreichere Wirtschaftskämpfe zu führen als die freien Gewerkschaften, so erinnern wir an die Feststellung der „Roten Fahne“, die am 8. Juni 1922 in einem Artikel über die „Taktik der Kommunisten in der Gewerkschaftsfrage“ schrieb:

„Auch die radikalste Gewerkschaft ist an die wirtschaftlichen Gesetze gebunden, und der Glaube ist daher irrig, daß die Kommunisten nur auf Grund ihrer Anschauung und ihres Programms mehr erreichen könnten als andere Gewerkschaften.“

Diese Ausführungen vergleiche man mit den heutigen Versprechungen der KPD. Das Gerede, daß die freien Gewerkschaften in den Wirtschaftskämpfen versagten, ist gemeiner Schwindel, nur ein Vorwand für das Verbrechen, das die kommunistischen Führer jetzt erneut an der Arbeiterschaft begehen wollen. Die Gründung „revolutionärer Verbände“ ist ein Verbrechen! Ein Verbrechen deshalb, weil die Durchführung der kommunistischen Pläne einzig und allein im Interesse der Unternehmer liegt. Jede Schwächung der Gewerkschaften ist zugleich eine Stärkung der Macht des Unternehmertums. Die Unternehmer freuen sich auf den Tag, wo es der KPD. gelingt, ihren schändlichen Plan durchzuführen.

### Unsere Antwort: Sinein in die Gewerkschaften!

Aber noch ist es nicht so weit. Noch stehen die Reihen der Gewerkschaften unerschüttert. Und an ihrer Geschlossenheit werden sich die Moskauer Söldlinge den Schädel einrennen. Der kommunistische Angriff auf die Existenz der Gewerkschaften wird die Mitglieder anfeuern, nun erst recht für ihre Verbände zu werden. Wo versucht wird, die Gründung von „revolutionären Betriebsgruppen und Verbänden“ vorzunehmen, gilt es, den Anfängen mit Entschiedenheit zu wehren. Die Gewerkschaften sind und bleiben Schutz und Waffe der Arbeiterschaft!

### Aus einer Unternehmertagung.



Endlich eine frohe Volkstakt!





# Aus dem Verbandsleben



## Die Verbindlicherklärung abgelehnt!

Am 1. Oktober hat der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald seine Entscheidung gefällt. Die Verbindlicherklärung der am 22. August vom Lohnamt für das deutsche Holzgewerbe gefällten 16 Schiedssprüche für die Bezirke im Bereiche des Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe ist abgelehnt worden. Eine Begründung für seine Entscheidung hat der Reichsarbeitsminister nicht für erforderlich gehalten; er sagt lediglich, daß die Ablehnung erfolgt sei gemäß Artikel 1, § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923. Dieser Paragraph bestimmt, daß ein Schiedsspruch für verbindlich erklärt werden kann, „wenn die in ihm getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist“.

Mit der Berufung auf diese Bestimmung erklärt Herr Stegerwald, daß die Schiedssprüche nicht der Billigkeit entsprechen. Er hält es für unbillig, daß die seitherigen Löhne in der Holzindustrie weiter gezahlt werden. Ihm genügt es nicht, daß, wie es die Schiedssprüche gestatten, die Akkordsätze abgebaut werden, bei denen 10 Prozent mehr verdient werden als der vertraglich vorgesehene Mindestbetrag. Er erachtet die Weiterzahlung der seitherigen Vertragslöhne aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen für nicht erforderlich.

Mit seiner Entscheidung hat sich der Reichsarbeitsminister reichlich Zeit gelassen. Am 9. September wurde der Antrag gestellt, am 26. September fand die vorgeschriebene Sitzung im Reichsarbeitsministerium statt, in welcher die Parteien gehört wurden. Bis dahin durfte erwartet werden, daß die Verbindlichkeit ausgesprochen wird, denn auch in diesen letzten Verhandlungen vermochten die Unternehmer keine stichhaltigen Gründe für den von ihnen geforderten Abbau der Tariflöhne geltend zu machen. Gerade diese Aussprache, die unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Dr. Dobberstein stattfand, machte es offenbar, daß nicht sachliche Gründe, sondern lediglich der Organisationsstreit im Lager der Unternehmer den Arbeitgeberverband zur Kündigung der Lohnabkommen veranlaßt hat.

Über den Antrag auf Verbindlicherklärung der Schiedssprüche im Holzgewerbe wurde entschieden bei der Aufstellung des Wirtschafts- und Finanzplanes, den die Reichsregierung am 30. September veröffentlicht hat. In diesem Plan wird u. a. eine Herabsetzung der Beamtengehälter angekündigt, und wörtlich heißt es dort: „Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiterwirken.“ Damit hat die Reichsregierung der Lohnsenkung des Unternehmertums ihren Segen gegeben und ihre Mithilfe bei der Durchführung zugesagt. Herr Stegerwald hat mit seiner Entscheidung lediglich das Urteil vollzogen, das am Tage zuvor unter seiner Mitwirkung von der Reichsregierung gefällt war.

Die Ablehnung der Verbindlichkeit der Schiedssprüche in der Holzindustrie ist die Einleitung der Regierungsaktion, die darauf abzielt, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken. Die Löhne der noch in Arbeit stehenden sollen den Bezügen der auf Hungertationen gesetzten Arbeitslosen angeglichen werden. Auf dieses Moment ist in anderem Zusammenhang einzugehen. Hier sollen nur einige Bemerkungen hinsichtlich der Verhältnisse im Holzgewerbe gemacht werden.

In dem Organ des Arbeitgeberverbandes, der „Holzindustrie“, vom 29. September wird über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium vom 26. September berichtet. Im Anschluß daran bemüht sich der Redakteur des Blattes, Herr Dr. Mohaupt, Gründe für die Herabsetzung der Löhne in der Holzindustrie geltend zu machen; daß diese Gründe gerade das Gegenteil von dem beweisen, was er beweisen will, ist nicht seine Schuld. An Hand unserer Arbeitslosenstatistik stellt er fest, daß mit Einrechnung der arbeitslosen Holzarbeiter im Durchschnitt je Arbeiter nur Lohn für 29 Stunden in der Woche, anstatt 48 Stunden gezahlt wird. Die Stundenlohnhöhe ist wohl stark gestiegen, aber, so heißt es in dem Artikel in Fettdruck, „Die Arbeitszeit pro Arbeitnehmer ist im Durchschnitt auf 62,40 Prozent gesunken und damit auch um ebensoviel der Durchschnittslohn je Arbeitnehmer“.

Man will es scheinen, als sei hier der durchschnittliche Verdienst der Holzarbeiter noch zu günstig berechnet. Sind doch die Holzarbeiter nahezu zu Gelegenheitsarbeitern geworden, die nur für kurze Zeit Beschäftigung haben. Eine große Zahl von ihnen ist viele Monate lang ohne jede Beschäftigung. Und da will man ihnen in den kurzen Perioden, in denen sie Arbeit haben, noch den Lohn kürzen.

Hier, noch deutlicher aber in früheren Nummern des Reichs Blattes, ebenso auch an anderen Stellen, und nicht zum mindesten bei den Lohnverhandlungen wird zur Begründung des Lohnabbaues behauptet, die Beschäftigungslosigkeit würde steigen, wenn die Löhne niedriger wären. Wäre diese Behauptung richtig, dann müßte in den Gegenden und in den Industriezweigen, in denen die niedrigsten Löhne

vorherrschten, der Beschäftigungsgrad am höchsten sein. Ein Blick in die Statistik lehrt aber, daß gerade das Gegenteil zutrifft.

Bezeichnend für die Haltlosigkeit des Unternehmerarguments zur Begründung der Lohnabbauforderung ist eine Episode, an welche bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 26. September erinnert wurde. Bekanntlich ist schon bei der Schaffung des Mantelvertrages im vorigen Jahre verlangt worden, daß die Löhne für die Klavierarbeiter niedriger bemessen werden sollen als für die übrigen Holzarbeiter. Begründet wurde dieses Verlangen mit den schlechten Absatzverhältnissen in der Industrie. Da machte der Vorsitzende unserer Kollegen dem Vertreter der Klavierindustriellen den Vorschlag, daß unser Verband bereit sei, für eine gewisse Zeit die Löhne der Klavierarbeiter zu zahlen. Die Fabrikanten sollten also von der Lohnzahlung ganz entbunden werden, wenn sie sich verpflichten, die verlorenen Absatzgebiete wiederzugewinnen. Der Unternehmervertreter mußte gestehen, daß das unmöglich sei, daß es ein vergebliches Bemühen wäre, der Misere in der Klavierindustrie von der Lohnseite her beizukommen.

## Lies Unfallverhütungs Vorschriften



nicht erst im Krankenhaus!

Bestell-Nr. — 286 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften

Wie in der Klavierindustrie, so ist es auch in den anderen Zweigen des Holzgewerbes. Die Herabsetzung der Löhne ist kein geeignetes Mittel, das daniederliegende Wirtschaftsleben anzukurbeln. Wo es unter dem Zwange der Verhältnisse gelingt, Lohnabzüge durchzusetzen, da macht mitunter der Unternehmer eigene Erfahrungen. Herr Dr. Mohaupt hat ganz recht, wenn er in dem erwähnten Artikel sagt: „Die Lohnhöhe pro Stunde kann wohl kommandiert werden, die Arbeitsmenge aber nie.“ Er hat es allerdings nicht so gemeint, aber der Satz besagt das gleiche, was auch wir wiederholt geäußert haben, nämlich: Wie der Lohn, so die Leistung! Der Lohnabzug ist das beste Mittel, die Arbeitsfreude zu zer schlagen.

Aber soweit sind wir gar nicht. Die Holzarbeiter denken gar nicht daran, sich in der schlechten Zeit die Löhne kürzen zu lassen. Wo solche Versuche seither unternommen wurden, haben sie unsere Kollegen in fast allen Fällen erfolgreich zurückgeschlagen. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers hat die Tatsache besiegelt, daß seit dem 1. August im Bereiche des Mantelvertrages ein Tariflohn nicht existiert. Aber dessen ungeachtet bleiben die seitherigen Tariflöhne die Norm für die Entlohnung der Holzarbeiter. Daß mit der Beseitigung der Lohnabkommen der Anfang zur Aufhebung der Tarifgemeinschaft in der Holzindustrie gemacht wurde, ist eine Angelegenheit, die vornehmlich die Organisation der Unternehmer berührt. Die Holzarbeiter werden, wie seither schon, so auch weiterhin allen Versuchen, ihr hohes Lohnniveau noch weiter herabzudrücken, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

## Die Vertragsbewegung in Berlin.

Im Berliner Holzgewerbe besteht zurzeit keinerlei vertragliche Bindung. Die allgemeine Verbindlichkeit des mit den Vereinigten Verbänden (unter Führung von Baeth) abgeschlossenen Manteltarifvertrages hat geendet, wodurch

Die Lohngewinnlinie ist für die 41. Wochenauszahlung fällig

die Babebo (unter Führung von Haertlein) vertragsfrei wurde. Die Vereinigten Verbände haben dann den Manteltarifvertrag gleichfalls gekündigt; er ist am 15. August abgelaufen. Am 31. August ist auch das mit den Vereinigten Verbänden abgeschlossene Lohnabkommen, das der seit dem Frühjahr schwebenden Verhandlungen wegen wiederholt verlängert war, abgelaufen. Die Haertleinsche Organisation hatte das mit ihr abgeschlossene gleichlautende Lohnabkommen bereits zum Ablauf am 1. August gekündigt.

Über die Erneuerung der Verträge schweben schon seit Monaten Verhandlungen vor dem Berliner Schlichtungsausschuß. Nach längerer Pause wurde am 23. September unter der Leitung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses verhandelt, zunächst mit den Vereinigten Verbänden. Über diese Verhandlung berichtet Herr Baeth in der „Fachszeitung“, daß seine Organisation ihre Bereitwilligkeit erklärt habe, an gemeinsamen Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Mantelvertrages teilzunehmen, doch wolle sie sich volle Freiheit für ihre Anträge vorbehalten. Ein positives Ergebnis wurde bei diesen Verhandlungen nicht erzielt. Beide Unternehmerorganisationen sind nunmehr auf den 7. Oktober zu gemeinsamen Verhandlungen vor den Schlichtungsausschuß geladen.

Es ist wohl für jedermann einleuchtend, daß für das einheitliche Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin nur ein einheitlicher Vertrag gelten kann, dem alle Unternehmer unterstehen, gleichviel welcher Organisation sie angehören. Die Feindschaft zwischen den Führern der beiden Berliner Unternehmerorganisationen, den Herren Baeth und Haertlein, ist aber so tiefgehend, daß sie diese Selbstverständlichkeit nicht begreifen. Herr Baeth hat zwar, wie oben bemerkt, seine Bereitwilligkeit zu gemeinsamen Verhandlungen ausgesprochen, dagegen gibt Herr Haertlein in seinem „Deutschen Holzgewerbe“ der Überraschung Ausdruck, daß Verhandlungen geführt werden sollen mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen Mantelvertrages und eines Lohnabkommens für das gesamte Berliner Holzgewerbe. Es heißt in dem Artikel: „Wer die Verhältnisse im Berliner Holzgewerbe kennt, wird in dieser Stellungnahme des Schlichtungsausschusses keine Zweckmäßigkeit im Sinne des § 14 der Verordnung vom 29. Dezember erblicken, wohl aber das Gegenteil. Das „allgemeine Interesse“ eines „einheitlichen“ Vertrages, der ausgerechnet jetzt „mit Rücksicht auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse“ geschaffen werden „muß“, wäre uns noch zu beweisen.“ Herr Haertlein ist also gegen einen einheitlichen Tarifvertrag für Berlin, doch will er, wie er vorsorglich bemerkt, den Organen der Babebo nicht vorgreifen. Bei den Verhandlungen am 7. Oktober werden wohl die feindseligen Brüder ihre Stellung näher präzisieren.

## Beendete Abwehrbewegung in der Harzer Sägewerksindustrie.

In der Nummer 32 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir berichtet, daß für die Harzer Sägewerke in der Lohnfrage ein Schiedsspruch gefällt wurde, der die Forderungen der Unternehmer nach Lohnabbau ablehnte. Die Unternehmer hatten das Lohnabkommen zum 30. Juni gekündigt mit der Absicht, die Löhne um 8 Prozent abzubauen. Der Schiedsspruch vom 22. Juli lehnte das angekündigte Lohnabkommen unverändert ab 1. Juli wieder in Kraft, erstmals kündbar zum 31. Dezember 1930. Nachdem die Unternehmer zunächst den Spruch abgelehnt hatten, ist nunmehr eine Vereinbarung getroffen worden, wonach der Spruch vom 22. Juli zum Vertrag erhoben wird mit der Änderung, daß er erstmalig zum 30. November 1930 gekündigt werden kann. Die Kündigungsfrist beträgt einen Monat. Für den Mantelvertrag gilt, daß er frühestens zum 31. Dezember 1930 gekündigt werden kann.

## Lohnabbau in Schweidnitz abgewehrt.

Bei der Firma Moitner, Sportartikel-Fabrik in Schweidnitz, hat, wie berichtet, die etwa 165 Mann starke Belegschaft am 1. September die Arbeit eingestellt, weil ein Lohnabzug von 7 bis 24 Prozent vorgenommen werden sollte. Dieser Kampf konnte erfolgreich beendet werden. Am 10. September fanden Verhandlungen statt, an welchen unser Gauvorsteher und der Syndikus der schlesischen Holzindustriellen teilnahmen. Das Ergebnis war, daß die seitherigen Zeitlöhne in Kraft bleiben, die Akkordsätze werden einer Revision im Sinne des Schiedsspruches für das deutsche Holzgewerbe unterzogen. Die Arbeit wurde inzwischen aufgenommen; alle Streitenden sind wieder eingestellt.

## Flusschiffswerften in Bodentwerber.

In den beiden Flusschiffswerften wurde den Arbeitern vom 1. September an ein Lohnabbau von 5 Prozent angeordnet. Ein solcher Abzug ist um so weniger berechtigt, als der Lohn für Facharbeiter über 24 Jahre ohnehin nur 70 Pf. für Hilfsarbeiter 67 Pf. beträgt. Da die Arbeiter das Annehmen ablehnten, wurden sie ausgesperrt. Im Kampfe stehen etwa 100 Metallarbeiter und 33 Kollegen aus unserem Verband.





# Holzindustrie



## Aus der Harmonikaindustrie.

Die Klingenthaler Harmonikaindustrie ist im Gegensatz zu ihrer Trossinger Konkurrenz, wo die große und kapitalträchtige Hohner AG. allein das Feld beherrscht, in zahlreiche Werkstätten und Betriebe zersplittert. Noch vor zwei Jahren, 1928, gab es 73 Harmonikafabriken. Beschäftigt waren damals 1350 Betriebsarbeiter (830 Männer und 520 Frauen) und 3500 Heimarbeiter (800 Männer und 2700 Frauen). Die Heimarbeit ist also vorherrschend, in Trossingen dagegen arbeitet alles im Betrieb.

In den Inflationsjahren war die Klingenthaler Harmonikaindustrie sehr gut beschäftigt, denn als Exportindustrie hatte sie am damaligen deutschen Ausverkauf vollen Anteil. Nach 1925 setzte unter den Harmonikafabrikanten ein wilder Preiskampf ein, trotz aller Warnungen von unserer Seite und der besonnenen Unternehmer. In der zweiten Hälfte des Jahres 1927 herrschte eine starke Nachfrage nach Harmonikas, in der Folgezeit aber fielen große Absatzgebiete, wie China und Indien, mehr und mehr aus, zum Teil wegen der dortigen politischen Verhältnisse. Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden immer mehr zum Hauptabnehmer. Davon profitierte in erster Linie die Hohner AG. in Trossingen, die vermöge ihrer Kapitalmacht und glänzender Absatzorganisation fast der alleinige Lieferant von besseren Harmonikas für die Händler wurde, während in der Klingenthaler Industrie der Kampf um die Eroberung der Bazar tobte. Gewiß stellten verschiedene Klingenthaler Firmen gleichfalls Marken- und Qualitätsinstrumente her, aber sie waren sich uneinig, infolgedessen konnten sie gegen die Hohner AG. nicht aufkommen.

Als die Lage immer katastrophaler wurde und nachdem Anfang 1927 die Denkschrift des Herrn Dr. Will: „Ein Weg aus der Wirtschaftsnot der Harmonikaindustrie“, in den Händen der maßgebendsten Unternehmer war, machten sich stärkere Bestrebungen bemerkbar, durch Zusammen-schluß der größeren Firmen diese unheilvolle Entwicklung, die naturnotwendig zum Ruin der ganzen Industrie führen mußte, aufzuhalten. Monatlang wurde verhandelt, um die 10 größten Firmen zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenzuschließen. Die Bestrebungen scheiterten, weil die Belöstung dieser Fusion sowohl in personeller wie finanzieller Beziehung groß, zu groß gewesen wäre. Einige 30 Firmeninhaber sollten versorgt, verakktet, zum Teil wertlos gewordene Maschinen und Gebäude zu einem Preise übernommen werden, der zum Realwert in schreiendem Mißverhältnis stand.

Inzwischen hatten kommunale Kreise eine Hilfsaktion eingeleitet mit dem Ziele, der schwermringenden Industrie Staatsgelder zuzuführen. Die Aktion scheiterte, weil der Staat nur Umstellungskredite geben konnte und weil Entschuldungskredite für die kleineren Fabrikanten die Entwicklung zum Großbetrieb nicht aufhalten, aber in unerwünschter Weise vergrößert hätten. Wertvolle Zeit verstrich. Endlich, in den ersten Monaten des Jahres 1928, gelang es, zunächst die zwei größten Firmen, Seidel und Raumer, die führend waren und allein nahezu die Hälfte der gesamten Klingenthaler Produktion auf sich vereinigten, unter Einfluß der Firma F. A. Böhm zu einer AG. zusammenzuschließen. Anfang 1929 erfolgte der Anschluß der Firma Johann Schunt, die jedoch als Personensfirma weitergeführt wurde und auch eine gewisse kommerzielle Selbstständigkeit behielt.

Obwohl die Harmonikaindustrie im letzten Drittel des Jahres 1929 befriedigend beschäftigt war, konnte die neue Raumer-Seidel-Böhm AG. nicht so in Erscheinung treten, wie ursprünglich gehofft wurde. Personelle und finanzielle Belastung sowie der Umstand, daß bei Zusammenschluß von vier Firmen mit rund 17 Betriebsinhabern sich eine einheitliche Leitung nicht sofort durchzusetzen vermag, hemmten zunächst die Entwicklung.

Im Herbst 1929 setzte eine Abkrisse ein, die in unverminderter Stärke noch heute anhält. Diese Krise ist aber nicht darauf zurückzuführen, daß etwa die Konkurrenz in Süddeutschland oder gar das Ausland den Absatzmarkt in größerem Umfange an sich gerissen hätte, sondern darauf, daß die Vereinigten Staaten von Amerika immer mehr Hauptabsatzgebiet geworden sind, wodurch die dortige Wirtschaftskrise, verbunden mit Zollerhöhungen, sich ungenügend auf den Geschäftsgang der außergewöhnlich konjunkturrempfindlichen Mundharmonikaindustrie auswirkt. Von der Krise wird die Hohner AG. in gleichem Maße, durch die letzte Zollerhöhung in Amerika sogar besonders hart betroffen. Diese Zollerhöhung geisterte seit Jahresfrist im Hintergrunde. Amerika hat besonders seine neuentwickelte Spielwarenindustrie durch Schutzzölle begünstigt und vor kurzem bestimmt, daß auch solche Harmonikas, die überwiegend nur zur Belustigung und zur Unterhaltung von Kindern dienen, mit einem 70prozentigen Wertzoll belastet werden. Während man bisher nur Mundharmonikas bis mit 8 Tönen unter diesen Begriff stellte, fallen nach den neuesten Bestimmungen auch Mundharmonikas mit über 8 Tönen darunter. (Ob auch die mit 16 oder 20 Tönen, steht zurzeit noch nicht einwandfrei fest.) Damit wird der Zoll für diese mittleren

Qualitäten von 40 Prozent auf 70 Prozent des Wertes erhöht, und diese Instrumente, die den Hauptteil der Mundharmonikaproduktion ausmachen, werden empfindlich verteuert und aus ihren Preislagen herausgeworfen. Dabei wurden die Mundharmonikas nach Amerika nahezu zum Selbstkostenpreis geliefert.

Obwohl die Eingliederung der Instrumente in die neuen Preislagen die Möglichkeit gibt, alte Sünden gützumachen und unerträgliche Verhältnisse im Interesse der deutschen Harmonikaindustrie zu ändern, wird diese Preisbewegung doch dazu führen, daß die jetzige Abkrisse verschärft und verlängert wird. Da auch die anderen großen Absatzgebiete, wie China, Indien und Rußland, keine steigende Aufnahmefähigkeit zeigen, erfolgt auch von dieser Seite kein Ausgleich.

(Schluß folgt.)

## Ferdinand Bendig Söhne AG.

Die Ferdinand Bendig Söhne AG. für Holzbearbeitung in Landsberg (Warthe) veröffentlicht jetzt ihren Abschluß für das am 30. April abgelaufene Geschäftsjahr 1929/30. Bei Gründung der Gesellschaft im Dezember 1895 betrug das Aktienkapital 1 Million Mark. Bis 1902 war es auf 3 Millionen Mark erhöht worden, im gleichen Jahre erfolgte eine Herabsetzung auf 2 Millionen Mark. Seit 1924 arbeitet das Unternehmen mit einem Stammkapital von 600 000 Mk. Die Gesellschaft handelt mit Holz und fabriziert Türen, Fenster und sonstigen Bautischerbedarf und ferner bis vor kurzem einfache Kastenmöbel. Zurzeit liefert sie auch furnierte Arbeiten. Während das Unternehmen bisher stets mit Gewinn abschloß, weist das letzte Geschäftsjahr 20 640 Mk. Verlust auf. Allerdings bei 17 111 Mk. Abschreibungen. Über die Ursachen des mageren Ergebnisses macht der Geschäftsbericht u. a. folgende Ausführungen:

„Trotzdem der Umsatz 1929/30 den des Vorjahres etwas überstieg, war es nicht möglich, einen Überschuf heraus-zuwirtschaften. Die Verkaufspreise sind, obgleich wir eine Lohnerhöhung von etwa 8 Prozent im Laufe des Jahres tragen mußten, gesunken. Der Rückgang der Holzpreise konnte einen Ausgleich nicht bringen, da das von uns verarbeitete hochwertige Schnittmaterial nur sehr wenig im Preise zurückging. Im Interesse der Liquidität und Zinsersparnis haben wir unsere Holzvorräte tunlichst eingeschränkt. Unsere Möbelabteilung erlitt durch die bekannten Ereignisse bei den Finanzierungsinstituten für die Abzahlungsgeschäfte einen großen Rückschlag. Wir haben vorsorglich die bisher bewilligten größeren Kredite eingeschränkt. Es war uns nicht möglich, bei den verhältnismäßig großen Frachten für unsere Artikel „lackierte Möbel“ genügend Absatz zu finden. Daher entschlossen wir uns, um unsere Anlagen auszunutzen und eine gleichmäßigere Beschäftigung zu finden, außerdem die Fabrikation „furnierter Schlafzimmer“ aufzunehmen, worin wir besseren Erfolg erhoffen. Auch glauben wir in dieser Abteilung Erfah für die uns verlorengegangenen Absatzmöglichkeiten im Osten zu finden. Die hierzu notwendige Umstellung und die Aufstellung neuer Maschinen sind beendet. Bei der unübersichtlichen politischen Lage und der katastrophalen Auswirkung auf die Wirtschaft können wir eine wesentliche Besserung für das laufende Geschäftsjahr nicht in Aussicht stellen.“

Der Hinweis auf die Lohnerhöhung ist an sich berechtigt, doch hätte der Vorstand der Gesellschaft hinzufügen müssen, daß infolge der Leistungssteigerung pro Arbeiter der Lohnanteil an den einzelnen Gegenständen heute wesentlich niedriger ist als jemals zuvor. Durch diese Feststellung hätte die Klage über die „hohen“ Löhne freilich ihren Sinn und damit auch ihren beabsichtigten Zweck verloren. Auf den Zweck aber kommt es an, und der heiligt auch in diesem Falle die Mittel.

## Schlechte Geschäfte der Hupfeld-Zimmermann AG.

Die Leipziger Pianoforte- und Phonografenfabriken Hupfeld-Gebr. Zimmermann AG. teilt der Tagespresse mit, daß das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr mit einem größeren Verlust abschließt, der aber durch die stillen und offenen Reserven gedeckt werden kann, so daß das Aktienkapital von 4,5 Millionen Mark unberührt bleibt. Im Vorjahre erzielte die Gesellschaft 6688 Mk. Gewinn. Das schlechte Geschäftsergebnis wird zurückgeführt in erster Linie auf die bekannten katastrophalen Verhältnisse in der Pianofortindustrie überhaupt. Man glaubt aber in Verwaltungskreisen, daß die eingeleitete Rationalisierung und die Ausdehnung des Fabrikationsprogramms auf andere Artikel, wie Tischbillarde und Lautsprecher, dem Geschäft einen neuen Auftrieb geben können.

## Polens größte Möbelfabrik.

Die Möbelfabrik W. Nowakowski u. Söhne in Posen beschäftigt zurzeit 1000 Arbeiter. Sie ist das größte Branchenunternehmen des polnischen Staates. Vor einigen Wochen hat sie in Warschau eine Filiale errichtet, die sich vornehmlich mit dem Vertrieb der in der Stammfabrik hergestellten Möbel befaßt. Ob das Zweiggeschäft im Laufe der Zeit zu einem Produktionsbetrieb ausgebaut wird, läßt sich heute noch nicht sagen; es ist aber geplant.

## Aufschwung der finnländischen Sägewerksindustrie.

Die Waldfläche der Republik Finnland ist 34,380 Millionen Hektar groß. Nicht weniger als 73,5 Prozent des Landes sind bewaldet. Auf jeden Einwohner kommen 7,40 Hektar Wald. Was das bedeutet, erhellt ein Vergleich mit den Waldverhältnissen in anderen Staaten. In Großbritannien beträgt der Bewaldungsprozentsatz 5,5, in Deutschland 27,0, in Sowjetrußland 34,0 und in Schweden 57,0. Auf jeden Einwohner kommen in Großbritannien 0,03, in Deutschland 0,20, in Sowjetrußland 1,40 und in Schweden 3,80 Hektar. Finnland ist also allen anderen, auch den holzreichsten Ländern weit voraus. Die Grundlage der finnländischen Wirtschaft ist das Holz. Das Holz ist der wichtigste Ausfuhrartikel; wertmäßig beträgt der Anteil des Holzes an der Gesamtanfuhr rund 80 Prozent. Jährlich werden etwa 40 Millionen Festmeter Holz eingeschlagen. Davon werden 25 im Inland verbraucht und 15 gehen ins Ausland, meist in Form von Schnitware. Finnland hat infolgedessen eine große Sägewerksindustrie. Im Jahre 1913 waren 500 Sägewerke mit rund 30 000 Arbeitern im Betrieb. Die Produktion betrug etwa 1 Million Standards (1 Standard gleich 4,67 Kubikmeter), davon wurden 900 000 ausgeführt. Während des Weltkrieges ging die Ausfuhr stark zurück und damit die ganze Industrie. Die Entwicklung von 1918 an veranschaulicht folgende Tabelle:

Jahr	Produktion in Standards	Ausfuhr	Betriebe	Arbeiter
1918	193 000	60 000	279	9 746
1919	299 000	590 000	300	14 973
1920	624 500	770 000	389	23 999
1921	704 650	640 000	430	27 510
1922	796 400	830 000	452	33 375
1923	1 055 600	890 000	489	38 856
1924	1 058 200	1 010 000	455	37 443
1925	1 111 300	1 030 000	465	38 115
1926	1 239 600	1 120 000	513	40 267
1927	1 494 100	1 280 000	608	45 003
1928	1 425 200	1 140 000	601	44 989
1929	1 472 260	1 200 000	611	45 000

Im Jahre 1927 erreichten Produktion und Ausfuhr ihren höchsten Stand. Der Rückgang in den folgenden Jahren ist auf das Vordringen der russischen Konkurrenz zurückzuführen.

Vor dem Weltkriege war die Entwicklung der finnländischen Sägewerksindustrie gekennzeichnet durch die Konzentration in Gebieten mit großen Ausfuhrhäfen und durch das Vorherrschende ganz großer Betriebe. In der Nachkriegszeit haben sich die Neugründungen weit mehr als früher auf das ganze Land verteilt, es wurden vorwiegend kleinere Betriebe gegründet und immer neue Häfen für die Ausfuhr herangezogen. Unter den 124 Betrieben, die von 1919 bis 1928 gegründet wurden, befanden sich 76 mit einer Erzeugung von unter 2000 Standards, 44 mit 2000 bis 10 000 Standards und nur 4 mit über 10 000 Standards. Alle ganz großen Betriebe stammen noch aus der Vorkriegszeit, und zwar wurden die meisten in den siebziger und achtziger Jahren gegründet. Ferner wird die Nachkriegsentwicklung dadurch gekennzeichnet, daß sich die großen Betriebe immer mehr verschiedene Nebenbetriebe angliederten, namentlich Holzmassefabriken, die zum großen Teil Abfälle verwerten. In der jüngsten Zeit hat auch die Anwendung der mechanischen Trockner sich sehr ausgebreitet, heute besitzen über 40 Werke moderne Trocknungsanlagen. Die großen Sägewerke sind mit den neuesten Maschinen und Transportanlagen eingerichtet. Nach einem Bericht der Bank von Finnland arbeiten die meisten Unternehmungen mit Verlust. Im letzten Winter sollen 100 kleinere und 50 mittlere Werke in Zahlungsschwierigkeiten geraten sein.

## Ein neues englisch-russisches Holzabkommen.

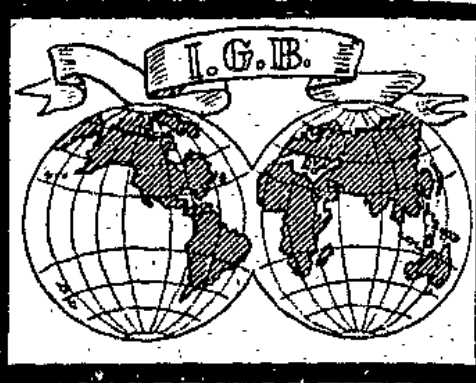
Nach langen Verhandlungen ist es zwischen der Vereinigung englischer Holzimporteure (Central Soft Wood Buying Corporation Ltd.) und der Sowjetregierung über die Holzlieferungen doch noch zu einer Verständigung gekommen. Der Vertrag für 1929 verpflichtete die Engländer, 500 000 Standards (1 Standard gleich 4,67 Kubikmeter) abzunehmen. Für 1930 kam eine Verständigung nicht zustande, da die Russen auf die Abnahme von 750 000 Standards bestanden, die Engländer aber nur 550 000 Standards kaufen wollten. Jetzt hat man sich für das Jahr 1931 auf 600 000 Standards geeinigt. Dazu kommen noch rund 100 000 Standards, die zurzeit unverkauft in England liegen.

Diese Verständigung zwischen England und Rußland ist auch im Interesse des deutschen Holzmarktes zu begrüßen, denn es ist nun damit zu rechnen, daß die russischen Schleuderverkäufe nach Deutschland ein wenig nachlassen. Am meisten wird sich die Sowjetregierung über das Abkommen freuen, denn nun hat sie wieder einen großen Abnehmer gefunden. Der vereinbarte Preis — 11,10 englische Pfund je Standard gegen 13,50 Pfund bisher — wird ja nicht voll befriedigen, aber im ganzen ist das Abkommen doch ein Geschäft.





# Gewerkschaftsbewegung



## Tagung des Bundesauschusses in Dresden.

Die am 19. September abgehaltene Sitzung des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war nach Dresden berufen worden, um den Verbandsvorständen, den Redakteuren und Bezirkssekretären Gelegenheit zu geben, die Internationale Hygiene-Ausstellung und das Hygiene-Museum zu besichtigen. Die Sitzung fand in dem neuen Bau des Dresdener Volkshauses statt, einem monumentalen Gebäude, das gleichzeitig seiner Bestimmung übergeben wurde. Der Ausschuss tagte unter dem Vorsitz von Grafmann. Die Hoffnung, daß der von seinem Unfall wiederhergestellte Bundesvorsitzende diese Sitzung leiten würde, erfüllte sich nicht, da Leipt durch eine Grippe-erkrankung an der Reise nach Dresden verhindert war.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung war ein Referat des Vertreters für Gewerbehygiene beim Bundesvorstand, Dr. Meyer-Brodniß, in welchem er über den Stand der Gewerbehygiene sowie über die Forderungen berichtete, die für den Ausbau der Gesetzgebung und die praktische Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen zu erheben sind. Im Anschluß an das Referat über Gewerbehygiene, auf welches wir gelegentlich zurückkommen werden, machte Dr. Meyer-Brodniß noch Ausführungen über das Deutsche Hygiene-Museum und die Internationale Hygiene-Ausstellung, gewissermaßen als Vorbereitung zu dem für den folgenden Tag vorgesehenen gemeinsamen Besuch der Ausstellung.

Der zweite Punkt der Tagesordnung war ein Referat über die „Volkspflege“, das von deren Geschäftsführer Streine erstattet wurde. Die „Volkspflege“ ist im Jahre 1912 von den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften ins Leben gerufen worden und hat unter weitest gehender Sicherung nach den strengen Vorschriften des Privatversicherungsgesetzes und den Vorschriften des Reichsaufsichtsamtes eine glänzende Entwicklung genommen. Steht sie doch nach der Zahl der bei ihr abgeschlossenen mehr als 2 Millionen Versicherungsverträge an erster und nach der vereinbarten Versicherungssumme in Höhe von mehr als 900 Millionen an dritter Stelle aller Lebensversicherungsgesellschaften. Ihr Vermögen beträgt zurzeit 117 Millionen Mark. Davon sind u. a. rund 67 Millionen in erstklassigen Hypotheken und 29 Millionen Mark an Gemeinden vorwiegend für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau angelegt und dienen so den Interessen der breiten Masse des Volkes. Den gewinnberechtigten Versicherten fließen die durch einen gut durchgebildeten Verwaltungsapparat trotz günstiger Versicherungsbedingungen erzielten Überschüsse als Dividende zu. Deren Höhe betrug im letzten Jahre 30 Prozent bzw. 35 Prozent der eingezahlten Jahresprämie; sie wird mit den üblichen Zinsen bei Auszahlung der Versicherungssumme im Todesfall oder beim Erleben des natürlichen Ablaufs des Versicherungsvertrages mit ausbezahlt. Die dafür den Versicherten gutgeschriebene Summe beträgt gegenwärtig bereits 20 Millionen Mark, die ebenso wie die annähernd 90 Millionen Mark betragende Prämienreserve nebst den gesetzlich vorgeschriebenen und für besondere Situationen und unvorhergesehene Ereignisse gebildeten besonderen Reserven den Versicherten weitest gehende Sicherheit bieten.

Eingehend schildert der Vortragende die Grundlage und die Praxis, die die Leitung der Volkspflege bei der Anlage der ihr anvertrauten Kapitalien und bei der Festsetzung der Zinsen für langfristige Gelder befolgt. Im Vordergrund steht das Interesse der Versicherten, in dessen Rahmen auch die notwendigen Rücksichten auf gemeinnützige Darlehensnehmer nicht aus dem Auge gelassen werden. Auch die im Laufe befindliche Aufwertung der vor der Inflation erfolgten Leistungen der Versicherten wurde zahlenmäßig belegt. Zum Schluß gab der Redner einen Ausblick auf die der Volkspflege noch bevorstehenden und von ihr vorbereiteten Aufgaben, durch die dem Volksganzen besonders gedient werden soll.

An dritter Stelle stand zur Verhandlung der Plan zur Gründung einer Holdinggesellschaft der Gewerkschaftshäuser. Als Vertreter des Bundesvorstandes referierte Ernst Schulze. Bekanntlich ist die Mehrzahl der Volkshäuser schon seit Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt. Da die Arbeitsgemeinschaft wünschte, daß der Bundesvorstand ihre Zusammenhänge unterstütze, ist von seiner Seite die Arbeitsgemeinschaft planmäßig im Sinne der Schaffung einer Holdinggesellschaft beauftragt worden. Grundlegend bestanden überhaupt nur zwei Möglichkeiten für die Zusammenfassung: 1. in Form eines eingetragenen Vereins (Beitragszwang, Revisionszwang, Abnahme des Organs) oder 2. in Form einer Holdinggesellschaft.

Bei den zwischen den Vertretern der Gewerkschaftshäuser und des Bundesvorstandes gepflogenen Verhandlungen bezeichnete es diese für den Zweck der Vereinigung als unbedingt erforderlich, 1. das in den Gewerkschaftshäusern vorhandene Vermögen für die Gewerkschaften unangreifbar festzustellen; 2. eine ständige sachgemäße Kontrolle über die Gewerkschaftshäuser durch Revisionszwang auszuüben;

3. darauf bedacht zu sein, alle erreichbaren steuerrechtlichen Vorteile sicherzustellen und 4. eine juristische Körperschaft zu schaffen, die für alle Häuser, auch für neu zu gründende Unternehmungen, die allein berufsrechtliche Stelle sein kann. Nach gründlicher Erörterung aller in Betracht kommenden Fragen kamen die Bundesvertreter zu dem Schluß, daß ein fester Zusammenschluß der Häuser nur dann einen wirklichen Wert habe, wenn die Gewerkschaftshäuser in eine besondere Dachgesellschaft aufgehen und der vorhandene Vermögensbesitz der neuen Gesellschaft effektiv übereignet wird. Dieser Plan ist im September des vergangenen Jahres einer Konferenz von Geschäftsführern der Gewerkschaftshäuser und Vertretern der beteiligten Ortsausschüsse vorgelegt worden und fand bei der großen Mehrheit entschiedene Zustimmung. Es blieb nur übrig, eine Reihe von organisatorischen Vorfragen zu klären.

Diese Vorarbeiten sind jetzt zur Zufriedenheit abgeschlossen. Der Bundesvorstand hat in Verbindung mit der Treuhandgesellschaft, die bei der Arbeiterbank besteht, den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages ausgearbeitet. Er schlägt die Gründung einer Holdinggesellschaft vor, deren gesamtes Gründungskapital im Betrage von 50 000 Mk. der Bundesvorstand übernimmt. Das ausschlaggebende Stimmrecht im Aufsichtsrat und in der Gesellschaftsversammlung muß selbstverständlich immer im Besitze des Bundesvorstandes bleiben.

Die Angliederung der Einzelunternehmen ist in der Weise gedacht, daß zunächst bei jedem anzugliedernden Unternehmen der Vermögensstand festgestellt und als Übernahmewert nur der Aktivwert genommen wird, der nach Abzug der Belastung verbleibt. Als Gegenwert für die Übereignung gibt die Holdinggesellschaft dann für das festgestellte Aktivvermögen Aktien an die Ortsausschüsse bzw. die beteiligten Gewerkschaften.

Nicht übernommen werden können aus steuerrechtlichen und geschäftlichen Gründen die in den Häusern vorhandenen Restaurations- und Hotelgeschäfte. Sie müssen verpachtet werden, wobei man daran denkt, örtliche Betriebsgesellschaften zu gründen, welche die vorhandenen Unternehmungen in eigene Regie übernehmen.

Die neue Holdinggesellschaft wird sich also auf die sachgemäße Kontrolle und Verwaltung des Vermögens beschränken. Für die ausreichende Kontrolle wirkt der Revisionszwang. Die Revisionen werden auf Kosten der Gesellschaft durchgeführt. Die Holdinggesellschaft wird die Überführung der Gewerkschaftshäuser in ihren Besitz nur in einem sehr langen Zeitraum durchführen können. Sie wird infolgedessen auch die Geschäfte der jetzigen Arbeitsgemeinschaft übernehmen müssen, wofür die Kosten wie bisher durch die Beitragsleistung der angeschlossenen Häuser in Höhe von 1 Prozent ihres Umlages aufgebracht werden.

Der Bundesauschuss stimmte dem Vorschlag des Bundesvorstandes, eine Holdinggesellschaft mit einem Gründungskapital von 50 000 Mk. aus den Mitteln des Bundesvorstandes zu errichten, ohne Debatte einstimmig zu.

Nach Erledigung dieses Gegenstandes gab Grafmann den Geschäftsbericht des Bundesvorstandes. Er wies einleitend auf die schwierige Lage hin, in der sich die Heimvolkshochschule Linz befindet. Der nationalsozialistische Innenminister Fried in Thüringen hat den Staatszuschuß für die Schule gestrichen. Die Streichung ergab zu Unrecht, da die Pflichten des Staates gegenüber der Schule auf Staatsvertrag beruhen. Deswegen wurde in der Angelegenheit eine Klage beim Staatsgerichtshof erhoben; inzwischen mußten Mittel zur Durchführung der Kurse bereitgestellt werden.

Nachdem er von einigen personellen Änderungen in der Vertretung der Körperschaften, an denen der A.D.G.B. beteiligt ist, Kenntnis gegeben hatte, erinnerte Grafmann an die Ablehnung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat im Reichstag. Er besprach die Lage, die dadurch für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat entstanden ist, und erörterte die Möglichkeiten, die Frage der Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates bald wieder in Gang zu bringen.

Auf Grund der Arbeiten eines zur Untersuchung der Tätigkeit der Bauportalklassen eingesetzten Arbeitsausschusses hat der Bundesvorstand sich veranlaßt gesehen, die Gewerkschaftsmitglieder vor der Beteiligung an solchen Bauportalklassen dringend zu warnen.

An der Unterstützungsaktion zugunsten der Hinterbliebenen der Opfer des Ersten Weltkriegs bei Neu-ode hat sich der Bundesvorstand mit einer Gabe von 500 Mk. beteiligt; der Betrag wurde dem Bergarbeiter-Verband zur bestimmungsgemäßen Verwendung zur Verfügung gestellt. Für die Vereinigung der Kinderfreunde hat der Bundesvorstand einen Zuschuß von 100 Mk. bewilligt.

Die Übersiedlung des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Berlin wird

zum 1. April 1931 stattfinden. Die Vorbereitungen für die Übersiedlung sind eingeleitet. Die nächste Vorstandssitzung des I.G.B. wird sich mit der Wahl des Nachfolgers Sassenbachs als Generalsekretär der Internationale zu beschäftigen haben. Der Kongreß in Stockholm hat in den Ausschuß des I.G.B. gewählt: Grafmann als ordentliches Mitglied und Aufhäuser als Stellvertreter.

Grafmann besprach dann die durch die Wahlen entstandene Lage. Er begrüßte es lebhaft, daß die Gewerkschaften mit ihrem entschiedenen Eintreten für die Sozialdemokratie in erheblichem Maße zu dem für die S.P.D. günstigen Wahlausgang beigetragen haben. Diese Auffassung Grafmanns wurde in der Diskussion, in der wiederholt auf den Wahlkampf und sein Resultat eingegangen wurde, gebilligt. Ferner beschäftigten sich die Diskussionsredner mit den Angelegenheiten des I.G.B. und seiner Übersiedlung nach Berlin. Nach einem Schlußwort des Kollegen Grafmann wurde die Sitzung geschlossen.

## Der Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes.

Seit dem Jahre 1922 erscheint alljährlich das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In dem Vorwort zum ersten Jahrbuch heißt es, daß es über den mit der Berichterstattung über die Bundestätigkeit verfolgten Zweck hinaus auch anderen Ansprüchen genügen soll. Es soll, in Ergänzung der Jahrbücher der einzelnen Verbände, eine gedrängte Übersicht über die Gesamtbewegung der Gewerkschaften geben sowie eine Materialquelle sein. Dieser Aufgabe sind die folgenden Jahrbücher in immer vollkommenerem Maße gerecht geworden. Das kürzlich erschienene Jahrbuch 1929 ist ein stattlicher Band von 397 Seiten. (Verlagsgesellschaft des A.D.G.B., Berlin S. 14. Preis 9,50 Mk., Organisationspreis 7 Mk.)

Schon die Inhaltsübersicht zeigt die Vielseitigkeit der Betätigung der Zentralstelle der freien Gewerkschaften Deutschlands. Das ursprüngliche Arbeitsgebiet der Gewerkschaften, die Berichterstattung über die Lohnbewegung, die Darstellung der Entwicklung der Verbände sowie der eigentliche Geschäftsbericht des Bundesvorstandes, diese Dinge nehmen einen verhältnismäßig kleinen Raum ein, ohne daß man sagen könnte, daß sie in der Berichterstattung zu kurz gekommen wären. Viel mehr noch als der Text sagt der statistische Anhang des Jahrbuches. In einer Reihe von statistischen Tafeln ist eine Unmenge von Material enthalten über den Arbeitsmarkt, über die Lohn- und Arbeitszeitbewegung und die Tariflöhne sowie über die einzelnen, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände.

Ist dieser Teil des Jahrbuches wertvoll für die Kenntnis der Gewerkschaftsbewegung, so gibt der übrige Teil Kunde von der Wirksamkeit des A.D.G.B. auf den verschiedenartigsten Gebieten, auf denen es gilt, die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Nach einer Übersicht über die Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes folgt ein Bericht über die vom vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgenommene Wirtschaftsenquete; deren Vorgeschichte in früheren Jahrbüchern geschildert wurde. Unter der Überschrift „Zerfall der großen Koalition“ wird eine gedrängte Geschichte der allgemeinen Politik gegeben, die überleitet zur Darstellung der Wirtschafts- und Handelspolitik und der Finanz- und Steuerreform. Dann folgt das umfangreiche und wichtige Kapitel über die Sozialpolitik. Hier werden die die Interessen der Arbeiterschaft unmittelbar berührenden Ereignisse des Jahres auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Kranken- und der Invaliden- und Angestelltenversicherung registriert und kritisch gewürdigt. Zur Sozialpolitik gehört auch das weitreichende Gebiet des Arbeitsschutzes, der Gewerbehygiene usw. Die Entwicklung des Arbeitsrechts wird vom Bundesvorstand aufmerksam verfolgt, nicht minder auch das Schulwesen, namentlich das Berufsschulwesen. In gewissem Zusammenhang damit stehen das gewerkschaftliche Bildungswesen und die gewerkschaftliche Jugendorganisation. In enger Verbindung mit dem A.D.G.B. stehen eine Anzahl von Unternehmungen, die je in ihrem Gebiet von großer Bedeutung für das öffentliche Leben sind. So der Verband sozialer Baubetriebe, die Demog. Arbeiterbank, Volkspflege usw.

Wir beschränken uns hier auf eine keineswegs vollständige Aufzählung der Gebiete, auf denen sich der A.D.G.B. betätigt und worüber er im Jahrbuch berichtet. Ein Eingehen auf Einzelheiten ist an dieser Stelle unmöglich. Beim Durchblättern des Jahrbuches wird die Erinnerung an manche Vorgänge wach, die dem Gedächtnis fast entschwunden waren; an anderen Stellen entdeckt man, daß die Hand des Bundesvorstandes, sein Einfluß bei Entscheidungen mitgewirkt hat, bei denen dies zunächst nach außen hin wenig in Erscheinung trat. Nicht zu unterschätzen ist der Wert der Jahrbücher des A.D.G.B. als Chronik des gewerkschaftlichen Geschehens, als ein Nachschlagewerk für jeden, der Anspruch darauf erhebt, in der Geschichte der Gewerkschaften auf dem laufenden zu bleiben.





# Unterhaltung und Wissen



## Der Vertrag ist unterschrieben.

Bruchstück aus einem Roman von Max Barthel.

Die große Hungersnot war vorüber. In den verwinkelten Gassen schwärmten noch die verlassenen Kinder, aber Moskau lebte auf, dehnte sich und lachte. Die Spekulanten hatten gute Tage. Boris Kaplun, ein Spekulant in den dreißiger Jahren, hatte sich rechtzeitig einer ausländischen Kompanie angeschlossen, die an der unteren Wolga eine Fischerei und mitten im Ural eine große Farm bewirtschaftete. Die Farm brauchte Maschinen, die Fischerei neue Ausrüstung. Kaplun hatte im Sommer die Maschinen vermittelt, und nun war es Herbst. Der Spekulant mit dem runden Kopf und den blauen Kinderäugen saß jetzt bei Richard Nathan, dem Direktor der Ausländer, und schloß einen neuen Vertrag über eine Fischereiausrüstung ab. Kaplun unterschrieb, dann dehnte er sich wie die Stadt Moskau, dann lachte er und blinzelte den Direktor und seinen Gehilfen Georg Lorenz listig an.

„Die Konzessionen werden euch bringen dreißig Prozent,“ sagte er. „Sie werden euch bringen vierzig Prozent. In keinem Lande der Welt kann jetzt so viel verdient werden wie in Sowjetrußland. Nun, ich habe verdient bei euch, wir werden noch abschließen manchen Vertrag. Was ist? Wollen wir heute Abend fahren nach dem Gum?“



Nathan unterschrieb den Vertrag, hob den Kopf und sagte: „Schön, fahren wir heute Abend nach dem Gum. An den Prozenten liegt uns wenig, Kaplun, wir sind ein gemeinsames Unternehmen, wir wollen am Aufbau des Landes helfen.“ Er wandte sich an seinen Gehilfen und fragte: „Georg, was sagst du? Machst du heute Abend mit?“

„Was ist im Gum los?“ fragte Lorenz.

Kaplun geriet in Begeisterung.

„Er weiß nicht, was im Gum, im Staatlichen Universalmagazin, los ist!“ rief er entsetzt. „Im Gum, mein Lieber, ist ein neues Restaurant eröffnet worden, primaprima, sage ich. Sie können dort bekommen, was Sie wollen. Also gut, wir treffen uns um sieben Uhr auf dem Twerstoy-Boulevard, am Denkmal.“

Er setzte sich einen schwarzen Melonenhut auf und verließ das Bureau. Die beiden Zurückbleibenden sprachen noch ein wenig über Kaplun, sie sprachen über die geschickte Art des Mannes, der unaustreibbare Maschinen doch austrieb, schließlich stürzten sie sich in die Arbeit und sahen die Berichte aus dem Ural und von der unteren Wolga durch. Die Fischerei machte ihnen am meisten Kummer.

„Vielleicht mußt du mal nach Astrachan fahren, Georg,“ meinte Nathan, „die Berichte von Paulitsch sind nicht zu gebrauchen.“

„Schön, da fahre ich eben los,“ antwortete Lorenz.

Dann arbeiteten sie schweigend weiter, und als es an der Zeit war, bummelten sie die breite Twerstaja hinunter zum Boulevard.

Kaplun wartete schon.

Er war nicht allein.

Ein junges Mädchen stand neben ihm.

„Darf ich bekannt machen?“ sagte Kaplun und stellte eine Dame vor. „Bürger Nathan, Bürger Lorenz, bitte schön, Eleonora Mintitsch!“ Er bewegte dabei die Hände und rückte den Melonenhut aus der Stirn. „Werden wir nehmen zwei Droschken,“ sagte er dann und winkte zwei Isowoschichs heran.

„Einen Augenblick, Kaplun,“ sagte Nathan, als der Mann mit dem Mädchen in einen Wagen steigen wollte. „Seinen Augenblick, vielleicht fahren wir beide zusammen, wir müssen noch etwas Geschäftliches besprechen.“

Kaplun sagte: „Ist gut, Nathan, erst das Geschäft und dann das Vergnügen!“

So kam es, daß Georg Lorenz mit Eleonora Mintitsch zusammen die breite Twerstaja entlang dem Roten Platz und einem herzbewegenden Abenteuer entgegenfuhr. Das Mädchen lebte schon zehn Jahre in Rußland. Sie war Serbin.

Ihr Vater wohnte auf dem Lande nahe der Stadt. Sie selbst erleuchtete jeden Abend durch ihre Jugend und Schönheit das arme Dunkel einer Vorstadtbühne. Jetzt leuchtete sie nicht mehr. Sie war arbeitslos. Kaplun hatte sie irgendwo aufgefunden. Sie ließ sich nach einem berühmten Vorbild Nora rufen, war geschminkt und gepudert, und als der Wagen durch das Iberische Tor ratterte, betraugte sie sich genau so gut wie der härtige Kutscher vor dem berühmten Muttergottesbild in der kleinen Kapelle.

Aber dem Kreml wehten die roten Fahnen. Über die Kremlmauer blickte die gleißende Wölbung einer Kirchenkuppel. Gum, der gewaltige Block des riesenhaften Bazars, lehnte sich mit dem Rücken an Kitai-Gorod, an die Chinesen-

## Ich sehe den Herbst wie einen Vater . . .

**Die Erde trank der Sonne Kraft,  
Nun ist sie selber trunken  
Und zahlt mit goldener Frucht,  
Was bei ihr Schuld geworden.  
Am Weinstock lockt der Reben  
Schmackhaft Feuer.  
Es lacht und singt die Winzerin;  
So überreich war nie ein Erntesegen;  
Dass alle Herzen glücklich schlagen,  
Ist Dank genug.**

**Im Walde springt der Quell,  
An Munterkeit dem Kinde gleich,  
Hinab ins Ungewisse,  
Um fortzuwandern, um grosszuwerden,  
Vielleicht nur Bach, vielleicht auch Fluss.  
Nur zu! Noch trägt dein Rücken  
Keine Last, gewitterschwer,  
Dass Achtung du erwirbst.**

**Ich sehe den Herbst  
Wie einen Vater sorgen und wandern,  
Dass die Scheuern gefüllt seien.  
Gärten und übrige Welt aber  
In Buntheit sich kleiden.  
O, liebt gleich mir diese Tage!  
Lichtdurchflutet,  
Farbdurchblutet,  
Goldene Tage!**

Alexander Merly

stadt, und starrte mit seinen Fassaden gelassen auf den Roten Platz. Die Droschken hielten. Kaplun, die Tänzerin, Nathan und Lorenz verließen die Wagen und stiegen in die Tiefe hinab, wo sich das neue Restaurant in breiter Flucht verließ. Aus den Räumen da unten brandeten Lärm und Musik.

Kaplun schlen ein guter Bekannter des Wirtes zu sein, er wurde umdiniert und umschmeichelt. Er bekam für seine Gäste ein besonderes Zimmer. Der Raum war kahl und gewölbig. Von seiner Decke hing eine nackte, schirmlose elektrische Birne herab. An den Wänden lockten schwelende Polsterbänke. Eine Wand war nichts als ein blendender Spiegel. Der große Tisch in der Mitte des Zimmers war noch leer, aber der Befehl des Wirtes verzauberte ihn in den nächsten Minuten, und zwei Kellner besuden ihn mit Schüsseln, Platten, Tellern, Gläsern und Flaschen. Die Vorspeisen, es gab Fisch und Kaviar, eröffneten eine Fregorgie. Es schien, als seien diese drei Männer und dieses Mädchen aus der Hungersteppe gekommen. Der Braten dampfte, die dicken Suppen verstreuten Weihrauch.

Kaplun schenkte wasserklaren Wodka in die Gläser.

„Seht euch, Herrschaften,“ sagte er. Und als sie sich gesetzt hatten, sagte er: „Aufstehen, Herrschaften, Lenin soll leben, er hat die Neue Ökonomische Politik begründet. Er soll auch bald wieder gesund werden, der Iljitsch, der Alte, das Wäterschen. Ein Glas, das erste Glas soll sein für Iljitsch!“

Die Männer gossen das Feuerwasser hinunter.

Auch Nora trank und verzog das Gesicht.

„Einen Augenblick, Kaplun,“ sagte dann Nathan. „Wir sind heute als Privatleute zusammengekommen, ich möchte nicht von Politik reden. Wir wollen heute nichts als lustig sein. Prost!“

Auch diese Rede wurde begossen.

„Ja, nichts von Politik,“ stimmte auch Nora zu. „Politik macht das Leben schwer. Wir wollen lustig sein!“

Kaplun lachte und sagte: „Na schön, sind wir lustig!“

Und sie wurden lustig.

Sie wurden so lustig, daß sie die Welt um sich vergaßen. Sie vergaßen die große Hungersnot, die Revolution, die Farm im Ural, die Fischerei bei Astrachan und Deutschland.

Lorenz hatte sich zu Nora gesetzt und lachte Kaplun aus, als er eifersüchtig wurde. Die Tänzerin sprang auf den Tisch, als die Kellner das Geschirr abgeräumt hatten, warf die schönen Beine und tanzte. Die Männer klatschten Beifall. Und als sie wieder bei Lorenz saß, wuschte er ihr mit klarem Wodka Puder und Schminke vom Gesicht und sagte:



„Das hast du nicht nötig, Seelchen, du verdeckst nur deine grenzenlose Schönheit.“

Sie verzog das Gesicht und ließ sich alles gefallen. Sie kuschelte sich näher an ihren neuen Freund. Richard Nathan hielt Boris Kaplun einen Vortrag über anorganische Chemie, er war früher einmal Chemiker gewesen, aber Kaplun hörte nur mit halbem Ohre zu. Und plötzlich warf er ekstatisch die Arme empor und brüllte:

„Die Juden werden immer betrogen in der Welt. Jetzt hat man mir mein Mädels genommen.“

Nathan lachte herzlos, deutete auf Lorenz und antwortete:

„Laß doch dem Goy sein Vergnügen.“

Aber Kaplun ließ sich nicht beruhigen.

Er sprang auf, stieß ein Weinglas um und rannte aus dem Zimmer. Nathan vertiefte sich in die chemische Zusammensetzung neuer Weinsorten. Lorenz und die Serbin waren so sehr miteinander beschäftigt, daß sie für nichts mehr Interesse hatten, und plötzlich kam Kaplun wieder.

Er kam nicht allein.

An seinem Arm — oder vielmehr an dem Arm einer süppigen Russin, die maßlos gepudert und geschminkt war, hing der kleine Kaplun und starrte mit den blauen Kinderäugen drohend auf Lorenz und Nathan. Die Russin führte ihn behutsam an den Tisch.

Bald überschwemmten die Wellen der Trunkenheit das gewölbige Zimmer. Kaplun war eingeschlafen. Die bemalte Russin setzte sich zu Nathan und erzählte Joten. Als Kaplun einmal aufwachte und sich verlassen sah, begann er hektisch wie ein kleines Kind zu wimmern. Er taumelte aus dem Zimmer und kam nach einigen Minuten mit einem dritten Mädchen zurück. An seinen Fersen hingen zwei Zigeuner. Sie mußtierten. Sie mußtierten in ein Chaos hinein. Nathan war moralisch geworden und begann mit seiner Dame heftigen Streit. Sie beschimpften sich und zeigten sich Krallen und Zähne. Kaplun warf gewalttätig ein gefülltes Glas in die Spiegelwand. Sie zerbrach klirrend. Das dritte Mädchen stimmte mit schriller Stimme ein Lied an.

Bevor aber die Welt unterging, hatten sich Georg und Nora aus dem Zusammenbruch gerettet. Sie standen auf dem Roten Platz, nahmen einen Wagen und fuhren durch die verdunkelte Stadt. Lorenz brachte Nora zum Bahnhof und wanderte mit schweren Füßen und leichtem Herzen heim. Scham und Glückseligkeit waren in seinem Herzen wie zwei Geschwister und stritten sich.

Am nächsten Tage hatte Nathan schlechte Laune und verfluchte Kaplun. Er wollte die letzten Verträge annullieren und sagte:

„Die verdammten Hepleute, sie korrumpieren eheliche Arbeiter.“

Lorenz aber lächelte.

Er hatte mit Nora eine neue Zusammenkunft vereinbart.





Bücher und Zeitschriften.

Meyers Lexikon in 12 Bänden. Neue Ausgabe. Jeder Band umfaßt durchschnittlich 900 Seiten Text. Preis in Halbtaler 30 Mk.; der dritte Band kostet 33 Mk. Alle 12 Bände zusammen enthalten über 160 000 Artikel und Verweisungen auf 21 000 Lexikonspalten mit über 6700 Abbildungen, Karten und Plänen im Text, dazu 350 mehrseitige Textbeilagen mit rund 1500 Abbildungen, statistischen Übersichten, rund 700 farbige und schwarze Tafeln, 300 selbständige Karten und Pläne. Solzfreies Papier. Tafeln und Karten sind in den modernsten Ver- vielfältigungsverfahren hergestellt. Verlag Bibliographisches Institut W.G. Leipzig. — Nachdem schon der 12. Band erschienen ist, liegt der „Meyer“ nun vollständig vor. Das ist, wenn man bedenkt, daß wir im 12. Jahre nach dem Weltkriege und im 7. Jahre nach der Inflation leben, eine beachtenswerte Leistung. Wir haben bei Besprechung der früheren Bände schon darauf hingewiesen, daß der neue „Meyer“ in Arbeiterfragen sehr partiell berichtet, an manchen Stellen findet man kaum glaubliche Verdächtigungen und Beschimpfungen der Arbeiter- schaft. Auch in vielen politischen Fragen benimmt sich der „Meyer“ äußerst reaktionär. Zum Glück ist diesen Streiffragen nur ein kleiner Teil des Inhalts gewidmet. Was sonst in den 12 Bänden steht, ist wissenschaftlich und lehrreich. Wenn man in ihnen auch nicht auf alle Fragen des Lebens eine Antwort findet, so doch auf die meisten. Beim Durchblättern des 12. Bandes (Stichwörter: Straube bis Zi) suchen wir unter den Stichwörtern mit dem Anfangsbuchstaben S nach „Volkswirtschaft“. Aber sie, dem Versicherungsunternehmen der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften, weiß der „Meyer“ wertwürdigerweise nichts. Ähnliche Mängel gibt es mehrere. Auf der anderen Seite findet man zahlreiche Abhandlungen, auf die die Mehrzahl der Leser wahr- scheinlich gern verzichtet hätte. Aber schließlich gilt auch für den Heraus- geber des „Meyer“ das bekannte Wort: Es allen recht zu machen, ist

eine Kunst, die niemand kann. — Zum Schluß sei noch vermerkt, daß demnächst ein Ergänzungsband (Band 13) erscheint, der gleichfalls etwa 30 Mk. kosten wird. Die Notverordnung über die Arbeitslosenversicherung. Erläuterungen zu den Abänderungsvorschlägen und Wiedergabe des Wortlautes der Notverordnung. Gemeinsam mit Dr. Frick Berndt, Margarete Ehler, Dr. Bernhard Lehfeldt und Dr. Friedrich Srup, Präsident der Reichs- anstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, erläutert von Dr. Oscar Welgerl, Geh. Regierungsrat, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium. (Widervet des Arbeitsrechts, Neue Folge, Band 6e.) 64 Seiten Oktav in Ganzleinenband 2,80 Mk. 1930. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW. 61. — Die Verordnung des Reichs- präsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Not- stände vom 26. Juli 1930 enthält in verschiedenen Punkten sehr wichtige Änderungen des geltenden Rechts. Diese Änderungen sind hier von den Fachreferenten im Reichsarbeitsministerium und in der Reichsanstalt eingehend erläutert. Wordels Dauernde Gesetzesammlung, Band „Arbeitsrecht“ von Dr. Franz Goerzig, Erstaufblät Folge 8. Preis mit dem vollständigen Werk 12,50 Mk. Verlag Friedrich A. Wordel, Leipzig C. 1, König- straße 26 b. — Die vorliegende 8. Folge Erstaufblätter enthält die durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirt- schaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 getroffenen un- angenehmen Bestimmungen, soweit sie sich auf das Arbeitsrecht beziehen. Hier bewährt sich das Lose-Blatt-System von Wordels Dauernden Ge- setzesammlungen wieder ganz besonders, denn die Befreiung der wert- vollen Bestimmungen enthaltenden Erstaufblätter, die in gewohnter Weise in das Hauptwerk eingeordnet werden konnten, sofort wieder im Be- zuge einer vollständig neuen Gesetzesausgabe. Es sollte deshalb lieber, bei derartigen Gesetzesgeste braucht, zu Wordels Dauernden Gesetzesam- mlungen greifen.

Siere, Sonnen und Atome. Von Curt Vignig. Verlag Vicher. gilde Gutenberg, Berlin SW. 61, Dreibrunnstraße 5. Preis 3 Mk. — Die Beschreibung des Kosmos und der gesamten Entwicklung in konzentrierter Form, ohne in feichte Volkstümlichkeit zu verfallen oder sich in den Telegrammstil zu retten, ist eine schwierige Aufgabe. Vignig hat sie zur vollen Zufriedenheit gelöst. Er gibt keine lehrbuchmäßige Dar- stellung, sondern lockert die ganze Masse in Einzelstücke auf, deren jedes für sich allein gelesen werden kann, in sich abgeschlossen bleibt und doch in den Reigen des Ganzen gestellt ist. Man braucht dieses Buch nicht systematisch durchzuwandern, man kann es etappenweise lesen und wird zum Schluß doch ein abgerundetes Bild erhalten. Natürlich mußten bei dieser Auswahl minder wichtige Dinge ausgemerzt werden, oft solche, die in den längeren Lehrbüchern eine bis ins Einzelne gehende breite Darstellung finden. Aber gerade dieses Fortlassen alles dessen, was den Schwung der Linie abflacht, ist der Vorteil des Buches. — Mitglied der „Blühende“ kann jedermann werden. Für den Monatsbeitrag von 1 Mk. erhält man jedes Vierteljahr ein Buch nach freier Wahl und außerdem die wertvolle Monatschrift. Anmeldungen nehmen die Ortsvereinigungen entgegen, wo dies nicht der Fall sein sollte, wende man sich direkt an die Verlagsanstalt unseres Solgarbeiter-Verbandes. Das ABC des Young-Planes und der Haager Gesetze. Von Dr. Ludwig Kiderer. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW. 61. Preis einzeln 1,50 Mk., der 25 Stück je 1,30 Mk., 50 Stück je 1,15 Mk. — Der Verfasser hat es sich in diesem Buche zur Aufgabe gemacht, Inhalt und Wirkung des Young-Planes gemeinverständlich zu erläutern. Er zeigt, welche Lasten den deutschen Volke durch fast zwei Menschen- alter, bis zum Jahre 1938, aufgebürdet worden sind. Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsanstalt des Allgemeinen Deut- schen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 13. Abonnement- preis vierteljährlich 3,60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk.

Der junge Tischler

Seine Erziehung zu wahrhaftigen und schönem Schaffen. 174 Seiten mit 137 Abbildungen von Heidrich und Weber. Zweite Auflage (4. — 8. Tausend) Geb. in Ganzl. 8 Mark. Organisationspreis 5 Mark. Verlagsanstalt des Deutschen Solgarbeiter-Verbandes, GmbH, Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2

Innungs-Tischler-Fachschule in Beckum (Westf.).

Beiz- und Polier-Meister-Kursus der Tischler-Fachschule Köthen. Beginn 3. November. Prospekt gegen Rückporto.

Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)

Staatskommissar: Prof. Dr.-Ing. Klopfer. Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenarchitekten, Meisterkurse, Maschinenpraktikum für Serienfertiger. Priv. Leitung: Dir. Ludw. Reineking.

Davidis

Praktisches Kochbuch in neuer Bearbeitung für die bürgerliche und feinere Küche. In Ganzleinen gebd. 3 Mk. Verlagsanstalt des Deutschen Holz- arbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO, Am Kölln. Park 2

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken. E. Biller, Heidelberg, Theaterstrasse 7. Gummwaren Hygien. Artikel. Preisliste 0 gratis. „Medicus“ Berlin SW. 68. Alte Jakobstraße 8.

Sprechmaschinen-Lautwerke.

C. M. Loske, Hamburg 13 o. Schröderstraße 2b. Kaufwerte. In Qualität, Doppelfeder, Schneidenwert (25 cm Platten spielend) kompl. 25 cm Plattenteller mit Fußbezug, Schlangentonarm, Wechselstube, 1a Spezialschallbofe. Preis: 26 Mark. Prospekt gratis u. franko von D. Elze, Braunschweig, An der Petrifische 2.

Alle Werke

im Buchhandel erschienenen liefert prompt die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

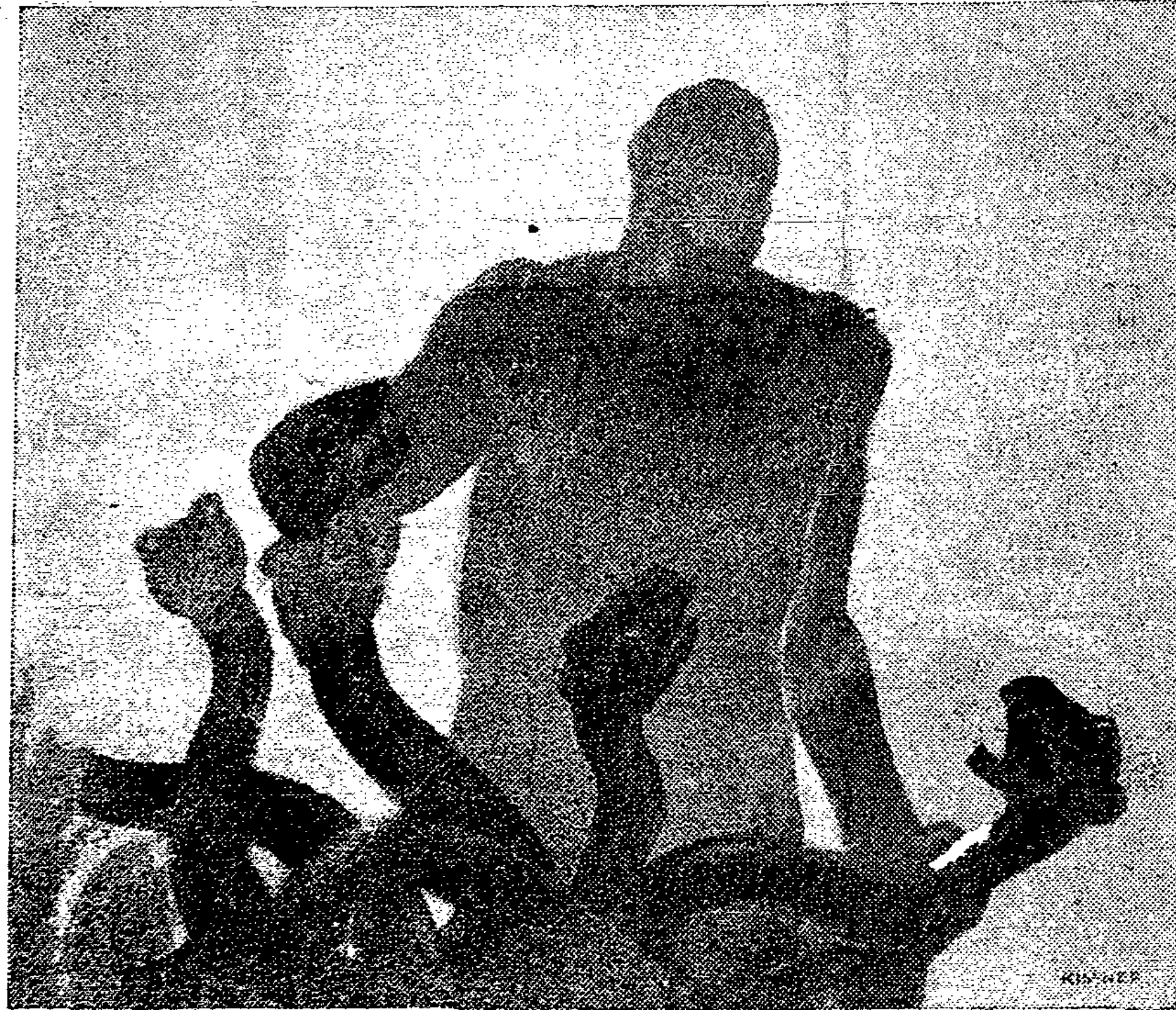
Wacholderbeersaft

seit alters her anerkannt als Blut- reinigungsmittel, liefert 1/2 kg- Dosen oder 12 Fl. 6 Mk. franko Laboratorium E. Walther, Halle-Trotha 84

Hobelbänke 70RM

2 m lg., kompl., Stahlsp., la Qualität, Blatt beste ged. Rotb. Preisl. gratis. Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne 6

Der beste Putzhobel mit stets kleinem Wau u. nachstellbarem Reil. Gebrauchsfertig unter Garantie. Ohne Hochholzbohle 7.— Mk. franko. Mit echter Hochholzbohle 10.— Mk. Nachg. Gänzl. Tischlerwerkzeuge erstklassig, preiswert. Promte Lieferung. Preisliste gratis. M. Messinger, Werkzeugfabrik, Nürnberg.



DER KAMPF gegen den TABAKSTAUB

war eine Herkulesarbeit. Hatte man den Staub an einer Stelle des Fabrikations- ganges beseitigt, dann trat er — wie die viel- köpfige Hydra — an einer anderen wieder hervor. Unendliche Mühe und Kosten hat es verursacht, diesen Verderber des Tabaks endgültig aus unseren Zigaretten zu ver-

bannen. Der gelbe bittere Staub wird in un- sere Fabriken überall, wo er sich bildet, schon im Entstehen pneumatisch abgesogen. Deshalb schmecken Haus Neuerburg-Ziga- retten niemals bitter, deshalb haben sie einen gleichmäßigen Brand und deshalb sind sie auch so besonders bekömmlich.



staubfrei — schmeckt niemals bitter!

9/35 Sie können unsere Angaben nachprüfen. Wenn Sie durch eine HAUS NEUERBURG-ZIGARETTE Päckchen die Sie branden, so werden Sie keine Spur von Staub bemerken.

Josef Witt, Weiden (Oberpfalz) Aeltestes und größtes Spezial-Versandhaus der Act. Deutschlands mit eigener Spinnerei von 32500 Spindeln mit eigener Weberei von 640-Webstühlen gibt kurze Zeit ab: Nr. Preise pro Meter Breite Mk. PU 85 Gardinen, sog. Vorhangsstoff, aus prima feinen Garnen mit indanthren-goldfarbig. Streifen 70 cm 0.24 86 Weibes Hemdentuch, leichte Sorte mit Schnittkante 70 cm 0.25 87 Weibes Hemdentuch, für gute halbbare Wäschestücke 80 cm 0.45 88 Weibes Hemdentuch, mittelstarkfädig, dichtgeschlossene, vorzügliche Qualität für besonders solide, gute Wäschestücke 80 cm 0.65 89 Weibes Maccotuch, sehr feinfädig, dicht ge- schlossen, aus garantiert rein ägyptischer Baumwolle, für besonders feine bessere Hemden und Wäschestücke 80 cm 0.72 90 Baumwolltuch, ungebleicht, sehr strapazier- bar, fast unverwundlich im Gebrauch 78 cm 0.49 91 Hemdenflanell, indanthrenfarbig gestreift, gute besonders reifste 72 cm 0.38 92 Hemdenflanell, außerordentlich haltbare, fast unzerreißbare kräftige Qualität, fast unverwundlich im Gebrauch 78 cm 0.64 93 Handtücher, dicht geschlossene kräftige Strä- pazierqualität 40 cm 0.45 94 Hemdenzephir, auch f. Blusen geeignet, gute Sorte, schöne Muster 70 cm 0.48 95 Wischtücher, gute Sorte, strapazierbar, 45 mal 45 cm per 1/2 Dutzend 0.98 96 Damentaschentücher, weiß, gute solide Sorte mit Hohlbaum, 30 mal 30 cm per 1/2 Dutzend 0.88 Gelegenheitskauf! 97 Weibes Hemdentuch, rein weiß, garantiert Baumwolle ohne jeden Appreturzusatz, dicht ge- schlossen, daher ganz vorzügliche, besonders gute Qualität 80 cm 0.66 Bis auf weiteres erhalten 10% Rabatt an Stelle des Sie auf diese Preise noch Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an. Portofreie Lieferung von Mk. 20.— an. Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückbe- zahlung des vollen ausgelagten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entsprechen sollte. Zurückbe- zahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle, einwandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten be- deutend billiger als andersorts sind. Josef Witt, Weiden 392 Oberpf.